

Politische Berichte

Betrifft

M
E
N
S
C
H
E
N
R
E
C
H
T
E



Armut in der Bundesrepublik Deutschland

3

Der Bericht der Süssmuth-Kommission bestätigt alle schlimmen Befürchtungen

5



Allgemeine und dauernde Verletzung der Menschenrechte in den USA

7

Essener Bürgerentscheid war Dämpfer für die CDU

12



Bündnis für Arbeit: Verbleib oder Ausstieg ?

16

PDS-Programmdiskussion: Das „Werkzeug der Kommune“

18

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24 00 94 68, Fax: 030/24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

IN BERLIN

REVANCHISMUS. Eine Presseerklärung des Regierungsbeauftragten für Aussiedlerfragen, in dem er das „revanchistische Gedankengut“ kritisierte, mit dem Vertriebenenverbände die deutsche Minderheit in Polen zu beeinflussen suchten, erregte den Unwillen der CDU/CSU-Abgeordneten Reinhart und bewegte sie zu einer entsprechenden Anfrage an die Bundesregierung. In der Antwort verweist die Bundesregierung auf die Umtriebe von der Landsmannschaft Ostpreußen über rechtsextremistische Kleingruppen bis zu NPD und DVU. Besonders ist der Hinweis auf ein Arbeits- bzw. Grundsatzpapier aus den Reihen der Landsmannschaft Ostpreußen, in dem diese an zentraler Stelle, so wörtlich zitiert, „den Alleinvertretungsanspruch für die Provinz Ostpreußen“ erhebe und sich „als der rechtliche, politische, kulturelle und soziale Interessenvertreter der jeweiligen Gebietskörperschaft sowie der aus dem Heimatkreis heimatvertriebenen und in dem Heimatkreis heimatverbliebenen Deutschen“ verstehe. Der Begriff „Revanchismus“, so die Staatssekretärin Wolgast, solle die Missbilligung sprachlicher Gebiets(rück)forderungen zum Ausdruck bringen.

ZWEISCHNEIDIG. Liechtenstein hat beim Haager Internationalen Gerichtshof Klage gegen die BRD eingereicht. Hintergrund ist die Behandlung liechtensteinischer Vermögen 1945 in der früheren Tschechoslowakei. Anlass ist der sog. „Bilderstreit“ - es geht dabei um das Bild „Szene um einen römischen Kalkofen“, das in der Tschechoslowakei aus dem Besitz des Fürsten von Liechtenstein enteignet worden war, später als Leihgabe an das Kölner Wallraf-Richartz-Museum ausgeliehen, vom Fürstentum Liechtenstein beschlagnahmt worden, dann aber nach Entscheidung deutscher Gerichte nach Prag zurückgekehrt war. Nach deutschem Recht werden nämlich liechtensteinische Vermögen wie deutsches Auslandsvermögen behandelt. Es geht dabei nicht nur um das fragliche Bild, sondern um Ländereien, Immobilien, Industriebeteiligungen Liechtensteins und Liechtensteiner Bürger, die 1945 von der Tschechoslowakei enteignet worden waren mit der Begründung, Liechtenstein sei als Teil der deutschen Nation anzusehen. Liechtenstein verlangte in der Folgezeit Entschädigung durch die BRD. Die vertritt den Standpunkt, dass das frühere Liechtensteiner Vermögen in der Tschechoslowakei wie deutschen Auslandsvermögen zu behandeln sei und ohne Entschädigung zur Beilegung deutscher Kriegsschulden herangezogen werden könne. Liechtenstein rügt mit seiner Klage, dass Deutschland die Eigenstaatlichkeit des seit 1806 souveränen und im zweiten Weltkrieg neutralen Staates missachtet habe. Höchst problematisch ist die Klage deshalb, weil das höchste Gericht, wenn es die Klage

annimmt, implizit die Benesch-Dekrete für völkerrechtswidrig erklären könnte. Deshalb wartet die sudetendeutsche Landsmannschaft mit Spannung, um womöglich sofort mit einer Klage gegen die Tschechische Republik nachzuziehen.

WACHSENDES ENGAGEMENT. Mitte Mai reiste eine hochrangige Delegation der deutschen Wirtschaft nach Rumänien. Teilnehmer waren u.a. Vertreter von Conti, DaimlerChrysler, EnBW Energie Baden-Württemberg, Siemens und Wintershall. Die Delegation besprach mit dem rumänischen Präsidenten und etlichen Ministern „Grundlinien der Politik“ Rumäniens und „der wirtschaftlichen Kooperation“. Besonders attraktiv sei Rumänien wegen des „günstigen Lohnniveaus“, so der Sprecher des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. Das Handelsvolumen zwischen Rumänien und der BRD war 2000 um 21,8%, in den ersten Monaten 2001 um 28% gestiegen. Jetzt soll es um die Intensivierung des deutschen Kapitalexportes gehen.

DATENFRIEDHÖFE? Nach dem Vorhaben, mit dem „Gesetz zur Neuregelung von Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses“ den Überwachungsstaat auszubauen, droht nun eine weitere Gefahr: Europäische Strafverfolger fordern die totale Überwachung der Telekommunikation. Telekommunikationsanbieter sollen die gesamten Verbindungsdaten über Jahre hinweg aufzubewahren. Ziel ist es, umfangreiche Nutzerprofile erstellen zu können. Also solle in Zukunft jedes Telefongespräch, aus dem Festnetz ebenso wie vom Handy, jedes Fax, jede Email, die Inhalte aller Webseiten sowie der gesamte Netztraffic aufgezeichnet und „für mindestens sieben Jahre“ archiviert sowie für die „Bedarfsträger“ zugänglich gemacht werden. Hinter dieser exorbitanten Forderung steht die europäische Arbeitsgruppe für polizeiliche Zusammenarbeit (Enfopol). Die französische Delegation der beim Rat der EU angesiedelten Polizeiarbeitsgruppe begründet die Forderung so: Verbindungsdaten seien „eines der Fundamente der Verfolgung von Computerverbrechen“. Allein über diese technischen Daten könnten Kriminalbeamte auf die Spur von Cybergangstern gelangen. Sie seien daher der „unverzichtbare Startpunkt jeder Ermittlung im Bereich der Informationstechnologie“. Angeblich haben sich alle Regierungsvertreter beim Rat bereits dafür ausgesprochen, dass Zugangs- und Serviceprovider alle Verbindungsdaten für mindestens 12 Monate speichern sollen. Die Datenschutzbeauftragten aus Bund und Ländern hatten im letzten Jahr die Verlängerung der Speicherung von Verbindungsdaten in der BRD auf ein halbes Jahr heftig kritisiert und von unnützen, teuren, das Fernmeldegeheimnis verletzenden Datenfriedhöfen gesprochen.

Angebotsorientiertes Dogma fallen lassen!

Am Donnerstag, den 31. Mai beriet der Bundestag über den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung als Tagesordnungspunkt 10, irgendwann abends, nachdem die Presse schon gegangen war, die dann auch nichts berichtete.

Das Parlament, das an diesem Tag sich bereits in einer sogenannten Sternstunde verausgabt hatte – Diskussion über ethische Probleme der Gentechnik –, hat sich damit einer Chance begeben, über ein für viele Menschen brennendes Problem zu diskutieren; Maßstäbe zu verschieben und neu festzusetzen und als Rot-Grün auch was für die Wähler zu tun.

Dass das nicht geschah, liegt nur zum Teil an der äußerst spröden Form dieses Armuts- und Reichtumsberichts. Er umfasst insgesamt 350 Seiten Textteil und noch mal so viele Seiten Materialband, zum Teil so abgefasst, dass es schon einiger statistischer Grundkenntnisse bedarf, sie zu verstehen. Dazu kam, dass offensichtlich, wie ein FDP-Abgeordneter beklagte, die Bundesregierung den Bericht zwar ins Internet gestellt hat, aber die schriftliche Fassung nicht allen Abgeordneten zukommen ließ. Aber auch das kann nicht erklären, warum hier ein so großes Desinteresse des Parlaments vorherrschte. Etwas erhellender sind die Ausführungen der Abgeordneten in der 45-minütigen Debatte.

Offen ausgesprochene oder stille Übereinstimmung herrscht bei allen (mit Ausnahme der PDS): Armut muss als Zwang zur Arbeit gestaltet werden. Bei der Regierung heißt das Schlagwort „aktive Beschäftigungsförderung“; bei der Union spricht ihr Sozialexperte Lamers davon, dass Sozialhilfe an „Gegenleistungen“ gekoppelt werden sollte; ganz abgesehen von dem FDP-Abgeordneten Kolb, der trotz gegenteiliger Zahlen von einer Umverteilung von oben nach unten spricht (Dokumentation nächste Seite).

Auch wenn die Regierungsvertreter zum Armutsbericht immer wieder erklärten, seit 1998, dem Regierungsantritt Schröders, hätte sich vieles zum Besseren verändert, blieb ein Grundkonzept der schwarzgelben Regierungsvorgänger erhalten. Der Arbeitsmarkt soll angebotsorientiert gestaltet werden. Das heißt, es wird behauptet, hohes Arbeitslosengeld und eine Sozialhilfe, die das Existenzminimum in den Bereich eines menschenwürdigen Lebens verschiebt, würden dazu führen, dass billig entlohnte Arbeit nicht mehr angenommen wird.

Dieses Dogma wird von der Politik seit Anfang der 80er Jahre verfolgt. Damals war die SPD-FDP-Regierung mit keynesianischen Wirtschaftsförderungsmödellen gescheitert. Mit ihrer Polemik ge-

gen staatliche Umverteilung, die die Inflation erhöhte und gleichzeitig nicht die Arbeitslosenzahlen senken konnte, war die Opposition erfolgreich; die FDP wechselte die Koalition, und die Ära Kohl begann. Armut, der soziale Absturz wurden nun offiziell Druckmittel der Sozialpolitik; die berüchtigten Einschnitte ins soziale Netz waren zahlreich.

Ein wichtiges Ergebnis des Armutsberichts: Seit 1973 (dem Beginn der Untersuchung) bis 1998 ist die Ungleichheit sowohl bei den sogenannten Markteinkommen (also Einkommen aus unselbstständiger oder selbstständiger Arbeit sowie Vermögen) als auch bei den Nettoeinkommen (also einschließlich der Transfereinkommen und der Abzüge

Von der Verteilung der Marktäquivalenzeinkommen zur Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen: Auf- und Abstiege zwischen relativen Einkommensklassen in West- und Ostdeutschland

- Alte OECD-Skala, jeweiliges arithmetisches Mittel -

Relative Einkommensposition von... bis unter ...	Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost				1973		
					1973						
	Vtl 1	+	k	-	Vtl 2	Vtl 1	+	k	-	Vtl 2	
-0,50	21,2	79,0	21,0	-	6,5	-	-	-	-	-	
0,50-0,75	13,3	18,5	65,9	15,6	27,9	-	-	-	-	-	
0,75-1,00	19,3	7,0	35,0	58,0	27,9	-	-	-	-	-	
1,00-1,25	16,2	3,9	16,9	77,2	17,0	-	-	-	-	-	
1,25-1,50	10,8	2,6	10,5	86,8	9,2	-	-	-	-	-	
1,50-2,00	11,1	1,1	17,5	81,4	7,3	-	-	-	-	-	
2,00-3,00	6,1	(0,3)	25,5	74,2	3,2	-	-	-	-	-	
3,00 u.m.	2,0	-	43,7	56,3	0,9	-	-	-	-	-	
1993											
Relative Einkommensposition von... bis unter ...	Vtl 1	+	k	-	Vtl 2	Vtl 1	+	k	-	Vtl 2	
	-0,50	30,5	71,9	26,1	-	10,1	36,3	92,0	8,0	-	3,1
	0,50-0,75	12,5	25,1	63,0	11,8	26,2	11,7	48,7	49,9	*	22,6
0,75-1,00	14,0	11,2	38,2	50,5	24,8	12,6	24,0	57,2	18,8	33,3	
1,00-1,25	11,7	5,6	20,1	74,3	16,9	12,4	9,5	33,5	57,0	23,0	
1,25-1,50	9,3	3,9	9,7	86,4	9,1	9,3	3,3	11,1	85,5	9,8	
1,50-2,00	11,7	1,5	14,5	84,0	8,1	10,7	(1,8)	13,7	84,5	5,8	
2,00-3,00	7,7	0,9	21,7	77,4	3,8	5,7	*	17,3	82,5	2,1	
3,00 u.m.	2,5	-	34,1	65,9	1,0	1,2	-	(26,5)	73,5	(0,3)	
1998											
Relative Einkommensposition von... bis unter ...	Vtl 1	+	k	-	Vtl 2	Vtl 1	+	k	-	Vtl 2	
	-0,50	31,2	70,4	29,6	-	10,8	37,0	88,3	11,7	-	4,5
	0,50-0,75	13,0	30,0	55,5	11,5	25,3	11,6	41,3	57,1	*	24,4
0,75-1,00	13,8	14,4	38,6	47,0	25,1	12,3	22,3	45,2	32,5	30,6	
1,00-1,25	11,6	8,2	21,3	70,5	16,8	11,4	8,0	25,1	66,9	21,6	
1,25-1,50	9,1	5,3	11,2	83,5	9,2	9,7	(5,1)	13,9	81,0	10,1	
1,50-2,00	11,3	2,6	15,2	62,0	7,8	10,3	(2,9)	12,7	84,4	5,8	
2,00-3,00	7,5	(1,3)	20,3	78,4	3,9	6,1	*	14,7	84,5	2,4	
3,00 u.m.	2,5	-	30,9	69,1	1,0	1,6	-	(30,8)	69,2	(0,6)	

Anm.: Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 bis unter 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Erwartungsgemäß stieg der überwiegende Teil, nämlich mehr als 70% der Gruppe mit einem Marktäquivalenzeinkommen unterhalb der 50%-Grenze durch die Wirkungen des Transfer- systems in höhere Einkommensklassen auf. In den höheren Einkommensklassen nahmen die Aufstiege rapide ab. Bei der Gegenüberstellung verschiedener Untersuchungsjahre ergab sich allerdings, dass der Anteil der Aufsteiger aus der untersten Primäreinkommensklasse zurückgegangen ist, dass also der ausgleichende Effekt des staatlichen Umverteilungssystems zugunsten des unteren Rands der Verteilung schwächer geworden ist. Dies zeigt sich daran, dass der Anteil der Aufsteiger aus der untersten Einkommensgruppe im Zeitverlauf sank. Im früheren Bundesgebiet nahm ihr Anteil von 79,0% (1973) auf 70,4% (1998) ab, in den neuen Ländern von 92,0% (1993) auf 88,3% (1998). Hier wird auch deutlich, dass die Primäreinkommensverteilung im unteren Bereich in den neuen Ländern durch staatliche Eingriffe wesentlich stärker korrigiert wurde als im früheren Bundesgebiet.

Aus dem Armutsbericht, S. 23/24

Zur Erläuterung: Marktäquivalenzeinkommen: Auf die Haushaltsgröße umgerechnete Bruttoeinkommen; Nettoäquivalenzeinkommen: auf die Haushaltsgröße umgerechnetes Einkommen abzüglich Steuern usw. zuzüglich Sozialleistungen usw. Relative Einkommensposition im Verhältnis zum Durchschnitt: arm, wer weniger als 0,5 des Durchschnittseinkommens hat. Wie kommt obige Tabelle zustande: Hier werden zunächst alle Personen nach der Höhe des Marktäquivalenzeinkommens in relative Primäreinkommensklassen eingeteilt, deren Besetzung die relative Häufigkeitsverteilung ergibt (Vtl 1). Anschließend werden die zugehörigen Nettoäquivalenzeinkommen in Klassen eingeteilt, die wie die Markteinkommen abgegrenzt werden. Die sich daraus ergebende Sekundärverteilung innerhalb einzelner Klassen des Marktäquivalenzeinkommens beleuchtet, wie sich die staatliche Umverteilung auf die relative Einkommensposition der Einzelnen auswirkt. Aus den verschiedenen Auf- (+) und Abstiegen (-) sowie unveränderten Positionen (k) ergibt sich die gesamte Sekundärverteilung (Vtl 2).

← bis 0,5 des Durchschnittseinkommens = Armutsbereich

durch Steuern und Sozialversicherungen) deutlich größer geworden (siehe Tabelle). Die Untersuchung ergab außerdem, dass der ausgleichende Effekt der staatlichen Umverteilung zugunsten der untersten Einkommen schwächer geworden ist.

Die Umorientierung der staatlichen Politik – weniger Sozialtransfers zu den untersten Einkommen und damit Armut als verschärftes Druckmittel zur Arbeitsaufnahme – hat also stattgefunden. Die Vorlage des Armutsberichts wäre für Rot-Grün daher eine gute Gelegenheit gewesen, das Dogma der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, Einkommensdruck erzeuge Beschäftigung im Niedriglohnbereich, einer kritischen Überprüfung zu unterziehen.

Denn offensichtlich ist die Wirklichkeit anders: die Arbeitslosigkeit in den geringer entlohten Berufen ist nicht bedeutsam gesunken; das liegt daran, weil die „Kunden“ ein solches Angebot offensichtlich nicht wünschen. Soweit es sich um Produktionsarbeiten handelt, erfordern die abverlangte Belastung und Verantwortung mehr als einen Hungerlohn; was Dienstleistungen anbelangt, gibt es offensichtlich zu wenig Verbraucher, die sich von Halbverelendeten bedienen lassen wollen. Was also stattgefunden hat, ist eine Einsparung in den öffentlichen Haushalten, für die sich die Verantwortlichen schämen müssten, denn sie ging auf Kosten der Menschenwürde.

Es gibt noch andere Argumente, warum Rot-Grün das Dogma von den angebotsorientierten Sozialleistungen und Niedriglöhnen aufgeben sollte. Schröder hat die Faulenzerdebatte begonnen, deren Hintergrund politische Maßnahmen sind, die im Ministerium Riester entwickelt werden. Der Druck auf die Arbeitslosen soll nochmals erhöht werden: Riester will mit sogenannten Vermittlungsverträgen den bürokratischen Druck erhöhen. Die Sozialhilfe soll mit der Arbeitslosenhilfe zusammengeführt werden, man kann erwarten mit Leistungsminderungen. Auch wenn das ganze unter schönfärberischen Titeln wie „aktive Beschäftigungsförderung“ läuft, bleibt es die alte angebotsorientierte Richtung. Die Wirtschaftsverbände machen weiteren Druck, ihre Behauptung, der Druck auf die Armen haben bisher nur deshalb keinen Erfolg gehabt, weil er nicht hart genug gewesen sei. Ist das angesichts der Zahlen schon ein ziemlich dreistes Argument, spricht auch die Erfahrung dagegen, dass es funktioniert.

Die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, dass mit solchen Maßnahmen nicht mehr als Vorurteile bedient und inhumane Behördenwillkür in die Gänge gesetzt werden. So gab es in der BRD um die 1960 Jahre, in denen die Arbeitslosenversicherungsbeiträge bei Null lagen, weil der Arbeitsmarkt tatsächlich völlig leer war – ist genügend Beschäftigung vorhanden, sinkt die Zahl der Arbeitslosen auch ohne staatlichen Druck auf vernachlässige-

Dokumentiert:

Eine armselige Debatte

Donnerstag, 31. Mai 2001, Protokoll
Für die Debatte ist eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Das Haus ist einverstanden ...

Ulrike Mascher, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: ...Was sind die für die Politik zentralen Ergebnisse des Berichtes?

Erstens. Soziale Ausgrenzung gibt es auch in einem wohlhabenden Land wie Deutschland. Zweitens. In fast allen Lebensbereichen hat im Zeitraum bis 1998 soziale Ausgrenzung zugenommen und die Verteilungsgerechtigkeit hat abgenommen. Man sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass die Entwicklung des Öffnens einer Schere kurzfristig, auch durch noch so engagierte Politik, geschlossen werden kann. Wir stehen hier erst am Anfang einer positiven Entwicklung. (Beifall bei der SPD)

Drittens. Das wichtigste Armutsrisiko ist und bleibt Arbeitslosigkeit und, häufig damit verbunden, Niedrigeinkommen. Wesentliche Ursachen hierfür liegen in fehlenden oder unzureichenden Bildungsabschlüssen und in mangelhafter oder fehlender Ausbildung.

Viertens. Besonders gefährdet ... sind Familien mit Kindern...

Weiterhin ist es wichtig, dass die Abhängigkeit von Sozialhilfe abgebaut wird. Stichworte hierzu sind eine aktive Beschäftigungsförderung und das Ziel, dass die Menschen aus eigener Kraft in der Lage sind, ihr Leben zu gestalten und am gesellschaftlichen Leben und am Fortschritt teilzuhaben.

Karl-Josef Laumann (CDU/CSU): ... Wenn man nämlich die Zeitungen gelesen und die Fernsehberichte gesehen hat, hätte man den Eindruck haben können, dass Armut in Deutschland ein drängendes Problem ist und dass die Menschen in diesem Land in den letzten Jahren zu einem großen Teil in Armut abgedriftet sind. Dadurch sind wahrscheinlich wenige böse Kapitalisten immer reicher geworden. (Rolf Stöckel [SPD]: Durch Ihre Regierung, Herr Laumann!)

Diese Wertung teile ich nicht. Die Menschen in Deutschland haben seit Kriegsende eine ständige Mehrung ihres Wohlstandes erlebt. Dies gilt nicht nur für einige wenige, sondern für eine breite Masse. (Beifall bei der CDU/CSU

– Peter Dreßen [SPD]: Nicht für alle!)

...Ich glaube, wir sollten im Rahmen der Diskussion über den Armutsbericht, der auch an den Sozialausschuss überwiesen wird, ebenso über die Effizienz der Maßnahmen, die wir für die Betroffenen anbieten, nachdenken.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Wir sollten einmal überlegen, ob die Grundstruktur der Sozialhilfe – eine Geldleistung zu geben, ohne eine Gegenleistung einzufordern – richtig ist oder ob wir hier das Regel-Ausnahme-Verhältnis in der Weise verändern sollten, dass eine volle Leistung eine Gegenleistung zwingend vorschreibt, wenn ein entsprechendes Angebot gemacht worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zu Protokoll gegebene Rede von Dr. Heinrich L. Kolb (F.D.P.): ... Ich habe es schon im letzten Jahr gesagt: Die Koalition muss handeln. Sie muss den Arbeitsmarkt deregulieren und flexibilisieren. Sie muss die Wirtschaft von Steuerlasten und Bürokratiekosten entlasten. Damit schafft sie Arbeitsplätze. Damit wird die relative Armut verringert.

Aber sie hat sich für einen anderen Weg entschieden. Dieser Weg wird „Umverteilung“ heißen. Deshalb wollte sie ja auch einen Reichtumsbericht ... 5 Prozent der Steuerzahler zahlen bereits 40 Prozent des gesamten Aufkommens der Einkommensteuer. Da kann man nicht mehr davon sprechen, dass noch Spielraum zur Umverteilung vorhanden ist. Sie findet doch bereits statt.

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU): ... Weil dieser Bericht ein Regierungsbericht und kein neutral erstellter Bericht ist, werden unbewältigte Aufgaben, für die die Bundesregierung Verantwortung trägt, nicht oder kaum erwähnt. Dazu zähle ich zum Beispiel die Neubestimmung der Regelsätze der Sozialhilfe und die Neubestimmung des steuerlichen Existenzminimums so wie die vor Jahren beschlossene Integration der nicht krankenversicherten Sozialhilfeempfänger in die gesetzliche Krankenversicherung. ... Dabei haben Sie doch eigentlich genügend Datenmaterial ... Verehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, Sie haben sich das mit dem datenmäßigen Ende 1998, das dem Armuts- und Reichtumsbericht zugrunde liegt, schön ausgedacht. Sie wollen mit dem Finger auf CDU/CSU und F.D.P. zeigen. Aber auch für Sie gilt das Sprichwort: Wer mit dem Zeigefinger auf jemanden zeigt, auf den zeigen drei Finger zurück.

sigbare Größen. Zeit für Rot-Grün einen „Paradigmen“-Wechsel vorzunehmen, also: statt das Elend als Druckmittel in die Arbeit zu benutzen, Mittel für ein menschenwürdiges Leben für alle. Ein

Anfang könnte die Anpassung der Sozialhilfesätze sein, das braucht sie sich eigentlich nicht (demagogisch) von der CDU vorhalten zu lassen.

alk

Nur Spitzenkräfte erwünscht – alle anderen sollen raus

Der Bericht der Süssmuth-Kommission bestätigt alle schlimmen Befürchtungen

Mit Bekanntwerden des Entwurfs des Berichts der von Innenminister Schily eingesetzten Zuwanderungskommission sind die Befürchtungen über eine repressive und allein an den Interessen der Wirtschaft ausgerichtete Neuordnung der deutschen Migrations- und Asylpolitik vollauf bestätigt worden. Auch wenn der endgültige Bericht der Kommission erst am 4. Juli vorgelegt werden soll, zeichnet sich der Kurs der Regierung schon ab. Innenminister Schily ist beauftragt, bis Herbst aus dem Bericht der Kommission eine Gesetzesvorlage zu erstellen, ein sogenanntes „Artikelgesetz“, das eine Vielzahl von Bestimmungen im geltenden Asyl- und Ausländerrecht ändern soll. Dabei sucht er schon jetzt öffentlich und unmissverständlich den Konsens mit der CDU/CSU. Angebote der Regierung, schon im Vorfeld sogenannte „Konsensgespräche“ zu führen, hat die Führung der CDU/CSU abgelehnt. Die Unionsparteien wollen sich nicht einbinden lassen, sie wollen stattdessen mit ihrer relativen Mehrheit im Bundesrat maximalen Druck machen, um die Regierung so weit nach rechts zu ziehen wie möglich und, wenn am Ende keine Einigung in ihrem Sinne möglich erscheint, notfalls die Gesetzesvorlage von Schily auch ganz scheitern zu lassen und einen rassistischen Wahlkampf gegen „Überfremdung“ und „Asylmissbrauch“ starten zu können.

In der SPD sind die Stimmen, die eine Verbesserung der Situation der Flüchtlinge und MigrantInnen fordern, fast ganz verstummt, und auch die Grünen haben sich öffentlich schon für eine Einigung mit dem Unionsparteien ausgesprochen. Damit sind die grünen Forderungen nach Korrekturen im Asylbereich schon Makulatur, bevor überhaupt der Bericht der Kommission vorliegt.

Öffentliche Kritik an dem Bericht der Kommission gibt es im Augenblick grotesker Weise fast nur von der Wirtschaft. Der gehen die vorgeschlagenen Zahlen – die Kommission will jährlich 20.000 „Hochqualifizierte“ unbefristet einwandern lassen und evtl. jährlich etwa 20.000 weitere Arbeitskräfte für befristete Jobs – z.B. im Hotel- und Gaststättenbereich, in der Landwirtschaft usw. – nicht weit genug. Wirtschaftssprecher fordern eine jährliche Zuwanderung von Arbeitskräften von bis zu 300.000 Personen. Die ge-

ringe Arbeitslosigkeit in den südlichen Bundesländern führt dazu, dass gerade in diesen CDU/CSU-regierten Ländern die Forderung nach Zuwanderung besonders laut erschallt.

Der vorläufige Bericht der Zuwanderungskommission fällt weit hinter die öffentliche Debatte im letzten Jahr im Zusammenhang mit Rechtsextremismus zurück. Während damals auch öffentlich zugestanden wurde, dass die traditionell ausländerfeindliche deutsche Politik und Gesetzgebung einen wichtigen Bezugspunkt neofaschistische Gewalt darstellt und deshalb korrigiert werden muss – „Wer Rechtsextremismus wirklich bekämpfen will, muss die ausländerfeindlichen Gesetze aufheben“, hieß es damals nicht nur von der PDS –, taucht in dem Bericht der Kommission diese einfache Wahrheit jetzt nicht mehr auf. Stattdessen ist nur noch von dem Schaden die Rede, den ausländerfeindliche Übergriffe



Bild: Demonstration am 19.6. in Berlin

für den Ruf der Wirtschaft und deren Rekrutierungswünsche im Ausland hervorufen. Flüchtlinge und MigrantInnen sind und bleiben Menschen zweiter Klasse, sind Objekte deutscher Behörden und Unternehmen und sollen auch keine Subjekte, keine gleichberechtigten und selbstbestimmt handelnden Menschen werden. Diese Grundaussage durchzieht den gesamten Bericht der Süssmuth-Kommission.

Auf dieser Grundlage schlägt die Kommission im Wesentlichen vor:

1. Aufhebung des seit 1973 bestehenden Anwerbestopps – ohnehin in den letzten Jahren durch mehrere „Anwerbestopp-Ausnahmeverordnungen“ schon durchlöchert – und Übergang zu einer straff kontrollierten Zuwanderungspolitik. Tenor: Zuwanderung ist nützlich, nicht nur für die Rentenversicherung. „Dem Spitzenpersonal der Wirtschaft sowie der Wissenschaft und Forschung sollen erleichterte Zugangsregelungen und optimale Aufenthaltsbedingungen geboten werden“ (Seite 64), „in Betracht kommen vor allem junge, gutqualifizierte Menschen“ (ebenda). Ausgewählt werden soll über ein Punktesystem, „damit Deutschland sich rechtzeitig ... als Einwanderungsland für Qualifizierte einen Namen machen kann.“ (Seite 65) Je jünger und hochqualifizierter, nachgefragter

und anpassungsfähiger, desto mehr Punkte. „Der Wettbewerb um die besten Köpfe muss sofort und mit Nachdruck intensiviert werden“ (ebenda).

2. Folgerichtig erörtert die Kommission im Abschnitt zum Asylrecht im Wesentlichen Mittel der weiteren Begrenzung des Asylrechts und der Beschleunigung von Asylverfahren. Neuerliche Verfassungsänderungen, wie in der CDU/CSU erörtert, werden nicht etwa mit dem Argument „inhuman“ zurückgewiesen, sondern weil sie einfach unpraktikabel seien und zum Teil sogar die Asylverfahren verlängern würden, statt sie zu verkürzen. Schröder ablehnend äußert sich die Kommission zu EU-Vorschlägen zur Ausweitung des Familiennachzugs und der Lockerung der extrem restriktiven deutschen „Drittstaatenregelung“. Solche Verbesserungen zugunsten von Flüchtlingen und MigrantInnen sind nicht erwünscht. Statt dessen schlägt die Kommission andere Wege der Beschleunigung der Asylverfahren vor – mehr Personal für die Asylgerichte, kürzere Verfahrensfristen z.B., Sachverständigen-Pools, die allen Asylgerichten Auskunft über die Situation in einzelnen Ländern geben, so dass zeitaufwendige Ermittlungen der Gerichte unterbleiben können usw. Eine bundesweite zentrale Dokumentationsstelle für Asylfakten soll geschaffen werden, zentrale Sammelstellen für Pässe, Fotos und Fingerabdrücke von Asylbewerbern deren gewaltsame Rückführung erleichtern. Für Kinder von Asylbewerbern soll das Recht auf eigene Asylanträge abgeschafft werden (ein entsprechender Gesetzentwurf aus Niedersachsen liegt schon vor). Schon bei der Visa-Erteilung sollen künftig in Zweifelsfällen Fingerabdrücke gefordert werden. Die Diffamierung und Kriminalisierung von Flüchtlingen soll also nicht aufhören, sondern sogar weiter verschärft werden. Nur bei frauenspezifischer Verfolgung und beim Streit um die Einhaltung der UN-Kinderkonvention – die deutsche Asylpolitik behandelt Kinder ab 16 Jahren als Erwachsene, sperrt sie z.B. in Abschiebehalt – rät die Kommission zu humanitären Zugeständnissen.

3. Verschärfungen will die Kommission auch bei der Aufnahme von Aussiedlern. Seit 1996 seien viel mehr „nicht-deutsche“ Ehepartner als wirkliche „Volksdeutsche“ ins Land gekommen, kritisiert sie und rät zu schärferen Sprachprüfungen. Kinder und Ehepartner, die nicht genügend Deutsch können, sollen ihr Recht auf Familiennachzug verlieren.

4. Für Menschen ohne Aufenthaltsrecht – sog. „Illegalen“, nach Schätzungen leben bis zu einer Million Menschen heute ohne Aufenthaltsrecht hier – schlägt die Kommission nur zwei Änderungen vor: kirchliche Beratungsstellen für Illegalisierte sollen nicht länger von Strafverfolgung bedroht sein, Schulen sollen ihre Kinder nicht mehr an Ausländerämter melden. Von einer echten Legalisierung dieser Menschen, z.B. durch eine

Stichtags-Amnestie wie in anderen EU-Ländern – will die Kommission nichts wissen.

5. Nur marginale Verbesserungen bedeuten auch die Vorschläge der Kommission zur Neuordnung der Integration. Mehr deutsche Sprachkurse – 5 DM pro Stunde soll dafür reichen – für jährlich 220.000 Menschen, das soll's im Wesentlichen sein. Ansonsten kann zwar auch die Kommission nicht verschweigen, dass die Einbürgerungspraxis in Deutschland restriktiv ist wie nirgends sonst in der EU – ausgenommen Portugal. Aber selbst ein kommunales Wahlrecht für Ausländer will sie nicht haben.

6. Schließlich soll die behördliche Zuständigkeit für die Migrationspolitik zentralisiert werden. Anwerbung von Arbeitskräften soll Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit bleiben. Alles andere – Integrationskurse, Aussiedlerpolitik, Kontrolle der Flüchtlinge und Migranten sowie alle Abschiebungen – soll ein Bundesamt für Zuwanderung übernehmen.

Zusammengefasst bedeuten die Vorschläge der Kommission im Wesentlichen eine Rückkehr zur alten Gastarbeiterpolitik – modifiziert insoweit, als dass nun nicht mehr einfache, sondern „hochqualifizierte“ Arbeitskräfte ins Land geholt werden sollen. Bei allen anderen soll der Abschiebedruck weiter bestehen, gegen Flüchtlinge sogar noch weiter verschärft werden. Eine Korrektur fremdenfeindlicher Gesetze ist nicht einmal in Teilebereichen erwünscht. Keine Menschen zweiter Klasse, Wahlrecht, gleiche Rechte für alle Menschen, die dauerhaft hier leben – so elementare demokratische Grundsätze sollen bei der geplanten „Modernisierung“ der deutschen Migrationspolitik weiter mit Füßen getreten werden.

rül

Hamburger Innensenator zurückgetreten

Ein erster Sieg der Rechtspopulisten

Der bisherige Hamburger Innensenator Wrocklage ist einige Monate vor der Bürgerschaftswahl (23.9.) zurückgetreten. Mit seinem Namen sind eine harte Abschiebepolitik, das sog. „Bettlerpapier“, Großeinsätze der Polizei zur Durchsetzung von Nazi-Demonstrationen und manches andere verbunden. Dennoch bedeutet sein Rücktritt einen Rechtsruck in der Hamburger Politik. Augenscheinlich fiel er einem Zusammenspiel von Polizei, Medien und CDU zum Opfer, die ihm Versagen bei der „Kriminalitätsbekämpfung“ vorwerfen. Indirekt aber markiert sein Rücktritt einen ersten Sieg der rechtspopulistischen Schill-Partei, benannt nach ihrem Führer Schill (bundesweit als „Richter Gnadenlos“ in den Schlagzeilen).

Die Welt brachte es auf den Punkt: Ihre „Soziallastigkeit“ hindere die SPD „an

einem sachgerechten Umgang mit dem Kardinalthema innere Sicherheit“. Die Medien malen ein Bild, als versinke Hamburg in Gewaltkriminalität. Nun ist das Thema gewiss komplex. Um so schlimmer aber ist es, dass die ganz, ganz einfachen Lösungen propagiert werden: Als vermeintliche Hauptursache der Kriminalität werden die „offene Drogenszene“ und die „jugendlichen Intensivdealer“ (Stichwort: „Schwarzafrikaner“) und allgemein „ethnisch Gruppen, die als besonders problematisch gelten (Südosteurasien, Schwarzafrikaner und Russlanddeutsche“), aus- und zum Hauptschwerpunkt des Wahlkampfes gemacht. Die Tonart der Kampagne bestimmt die Schill-Partei, deren Programm, sieht man von einem eher belanglosen Beiwerk ab, sich voll und ganz um den „Schutz der Gemeinschaft“ vor „kriminellen und/oder subversiven sowie autonomen Kräften“ dreht. Die CDU hat nachgezogen und die „Innere Sicherheit“ zum Schwerpunkt erklärt, ähnlich die FDP. Seit die CDU erklärt hat, dass sie eine Koalition mit Schill nicht ausschließt, wächst die Gefahr, dass ein rechter Bürgerblock aus CDU, Schill-Partei und vielleicht FDP die Wahlen gewinnt. Dabei macht nicht die CDU die Pluspunkte, sondern die Schill-Partei. Sie bedient und fördert ähnlich wie Haider in Österreich und Berlusconi in Italien eine breite rechte Grundstimmung, die sich in allererster Linie gegen Migration bzw. die zur Bedrohung erklärten Migrantinnen und Migranten richtet, und wird von dieser Stimmung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in die Bürgerschaft getragen.

Die SPD hält dem Druck nicht stand und versucht nachzuziehen. Der neue Innensenator und Hamburger SPD-Vorsitzende Scholz trat sein Amt u.a. mit der Ankündigung an, das Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG) gegen „jugendliche Intensivdealer“ zu schärfen. Er habe gegen „Kriminelle keine Beißhemmung“, tönte er in der Bürgerschaft, ganz Kampfhund, dessen Leine der rechte Bürgerblock hält. scc

Die „Protokollaffäre“

Banale oder gezielte Machtpolitik?

Putins Reaktion war eindeutig: eine Provokation, die darauf gerichtet ist, die sich entwickelnden guten Beziehungen Russlands zur EU und einigen Mitgliedern der EU zu stören. Als ehemaliger Geheimdienstler gewöhnt, mit politisch gezielten Veröffentlichungen umzugehen, reagierte Putin einschränkend und meldete Zweifel ob des Wahrheitsgehaltes eines Artikels in „Spiegel“ und „Focus“ an. Er fügte aber vielsagend hinzu, dass „alles Geheime eines Tages ans Tageslicht kommt“.

Die Nachrichtenmagazine unterrichteten ihre Leserschaft über eine 10 Seiten

umfassende Gesprächsnotiz des Botschafters der BRD in den USA, Jürgen Chrobog, über Gespräche zwischen US-Präsident und Bundeskanzler Schröder vom 29. März in Washington. Aus der Notiz geht hervor, dass die obersten Repräsentanten der USA und der BRD sich im Schnellverfahren über hochbrisante politische Fragen – wie in der Diplomaten-sprache üblich – im gegenseitigen Einvernehmen punktuell ausgetauscht hatten. Ihre Themen waren weltweit abgesteckt. Sie reichten eben gerade von Russland über Libyen bis Arafat. Chrobog als Schreiber der Notiz hatte Kernsätze wiedergegeben, wie z.B. eine Bemerkung zu Arafat: „the guy is lost“, was soviel heißt wie „der Mensch ist erledigt.“ Oder Schröder zum jordanischen König Abdullah II., den er als den „machtlosesten Politiker der Region“ bezeichnete.

Zu Russland wurde gemeinsamer Unwillen über die Beziehungen zum Iran und die russischen Waffenlieferungen geäußert. Chrobog schrieb ebenfalls auf, dass Moskau keine Finanzhilfe mehr erhalten solle, solange Geld aus Russland ins Ausland transportiert werde.

Putins Reaktion ist somit verständlich, wenn er von Provokation spricht.

Mit dem Amtsantritt Bushs sind bekanntlich neue Akzente in der internationalen Politik aufgetaucht, die von den US-Plänen zur Schaffung eines Raketenabwehrschildes bis hin zur Nichtrealisierung des Kyoto-Protokolls reichen und die sowohl die Beziehungen der USA zu Russland und China als auch die der USA zu Europa (EU) und anderen Staaten belasten. Keineswegs deutlich ist in diesen Fragen die Position der Regierung Schröder/Fischer. Sie schwankt zwischen einer Tendenz der Unterordnung unter die Politik der Bush-Administration und abwartender Haltung, die vor allem aber auch gegenüber Russland und China eigene Ambitionen erkennen lässt, was der Bush-Administration kaum gefallen wird.

Die Reaktion der Bush-Administration auf die Veröffentlichung im „Spiegel“ und im „Focus“ ist recht gleichgültig. Mehr beschwichtigend als aufgebracht reagierte der Vizedirektor des Aspeninstitutes, Steven Sokol, das die US-Regierung in Deutschlandfragen berät. Er empfahl Schröder, künftig der Bush-Administration „absolute Diskretion“ zu garantieren.

In Washington ist man sich über die Rolle, die die BRD in Europa und in der EU zu spielen gedenkt, durchaus im Klaren. Schröders Vorstoß zur Umgestaltung der EU wurde dort keinesfalls mit Wohlwollen aufgenommen. Eine gezielte Veröffentlichung in „Spiegel“ und „Focus“ kann Kreisen, die für eine feste transatlantische Bindung eintreten, durchaus in den Kram passen. Ganz zu schweigen von Nebeneffekten, die den Kanzlerberater Steiner, z.B., im „la Belle“-Prozess betreffen.

abe

Allgemeine und dauernde Verletzung der Menschenrechte in den USA

Die Amerikanische Vereinigung der Juristen (American Association of Jurists – AAJ) drückt ihre Befriedigung aus über den Ausschluss der Vereinigten Staaten aus der Menschenrechtskommission.

Als Folge der Wahl, die am 3. Mai im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) stattfand, verloren die Vereinigten Staaten ihren Sitz in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. Dieses Land hatte diesen Sitz ununterbrochen seit 1947 inne. Diese Entscheidung muss interpretiert werden als eine Verurteilung der andauernden US-Politik der Missachtung der Menschenrechte durch die internationale Gemeinschaft.

Im März 2000 prangerte die AAJ vor der Menschenrechtskommission die „allgemeinen und dauernden Verletzungen der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in den Vereinigten Staaten von Amerika an, verschlammert durch die Tatsache, dass die Regierung der USA sich über internationales Recht meint stellen zu können“. Die AAJ forderte die Kommission auf, ihre große Besorgnis über diesen Zustand auszudrücken und der US-Administration zu verstehen zu geben, dass internationales Recht und Menschenrechte ausnahmslos von allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft respektiert werden müssen, seien sie groß oder klein.

Zahllosen Menschenrechtsabkommen nicht beigetreten

Es ist eine Tatsache, dass die Vereinigten Staaten einer großen Anzahl von gültigen internationalen Menschenrechtsabkommen nicht beigetreten sind. Darunter befinden sich der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte einschließlich der Zusatzprotokolle zu diesem Pakt, die Konvention gegen Apartheid, die Konvention über die Nichtanwendbarkeit (nationaler) gesetzlicher Beschränkungen bei der Ahndung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Konvention zur Aufhebung aller Formen der Frauen-diskriminierung, die Konvention über das Verbot von Menschenhandel und der Ausbeutung durch Prostitution Dritter, die Konvention über den Status von Flüchtlingen, die Konvention über die Rechte von Arbeitsmigranten und deren Familienmitgliedern, die Ottawa-Konvention über das Verbot von Anti-Personen-Minen. Die Vereinigten Staaten verweigern die Anerkennung des Kyoto-Protokolls über die Verminderung von Umweltverschmutzungen.

Die Vereinigten Staaten stimmten auch nicht für die Errichtung des Internatio-

nalen Strafgerichtshofs, obwohl US-Staatsangehörigen eine Straffreiheit zugesichert wäre, bis die Tätigkeit des Gerichts dem Sicherheitsrat unterstellt würde. Die Vereinigten Staaten haben lediglich 12 der über 170 Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation unterzeichnet, und diese 12 gehören nicht einmal zu den wichtigsten. Nicht unterzeichnet wurde Nr. 87, in der die Koalitionsfreiheit geregelt wird, Nr. 98 über das Recht auf Kollektivverhandlungen und Nr. 138 über das Mindestalter für Arbeitskräfte.

rektor von UNICEF, dass die Lage der Kinder in den USA die schlechteste unter den Industriestaaten sei. Tatsächlich leben 20 Prozent der Kinder des Landes in Armut, im Vergleich dazu schwankt der Anteil in anderen Industriestaaten zwischen fünf Prozent in Westeuropa und zehn Prozent in Kanada, Australien und dem Vereinigten Königreich. Außerdem wird geschätzt, dass im Durchschnitt in den USA jedes Jahr etwa drei Millionen Kinder verlassen werden oder Opfer von Verwahrlosung, Misshandlung und sexueller Gewalt werden. Diese Zahl ist drei Mal so hoch wie 1980.

Im Bericht 1996 der Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtskommission wurde hinsichtlich des Umfangs des Kinderhandels, der Kinderprostitution und der Kinderpornographie eine Studie des Gesundheitsministeriums der USA zitiert, wonach bis zu 300.000 Kinderprostituierte geschätzt wurden. Dieselbe Anzahl, aber aus einer anderen Quelle, wurde in der UNICEF-Veröffentlichung „Die Entwicklung der Vereinten Nationen 1995“ genannt. Die Berichterstatterin wiederholte diese Angaben in ihrem Bericht von 1997, der sich auf ihre Mission in den Vereinigten Staaten im Dezember 1996 bezog. Hinzugefügt wurde, dass 22,7 Prozent der Minderjährigen unter 18 Jahren unter der Armutsgrenze lebten.

Auch wenn das Problem nicht die Größenordnung wie in anderen Ländern erreicht, existiert Kinderarbeit in nennenswertem Umfang in illegalen und halblegalen „Sweatshops“ in New York, Los Angeles und anderen Städten. Verbreitet ist sie in der Landwirtschaft.

Todesstrafe und Gefängniswesen

Seit 1992 haben fast alle Staaten der USA Gesetze verabschiedet, wonach Kinder in Strafprozessen mit Erwachsenen gleichgestellt sind. Mehrere Staaten haben die Altersgrenze auf 10 Jahre herabgesetzt außer Michigan, wo es überhaupt keine Altersgrenze gibt. In den letzten zehn Jahren sind 12 Menschen, die als Minderjährige verurteilt wurden, hingerichtet worden. Ungefähr 70 Menschen, die als Minderjährige Verbrechen begangen haben, warten im Gefängnis auf ihre Hinrichtung. Seitdem die Todesstrafe 1976 wieder eingeführt wurde, sind 600 Menschen hingerichtet worden, darunter etwa 200 im Staat Texas.

Die Zahl der Häftlinge in den Vereinigten Staaten beläuft sich auf zwei Millionen Menschen, das sind doppelt so viel wie vor zehn Jahren und ist die höchste Zahl weltweit, wenn man sie auf die jeweilige Gesamtbevölkerung bezieht. Private Ge-



Armenprotest in Kalifornien

Bei der Ratifizierung der internationalen Konvention über bürgerliche und politische Rechte machten die USA eine Reihe Vorbehalte geltend, so gegenüber Artikel 6 Abs. 5, der die Anwendung der Todesstrafe für Verbrechen verbietet, die von Kindern oder Jugendlichen unter 18 Jahren begangen wurden. Und im Namen der Meinungsfreiheit verweigerten die USA die Zustimmung zu Artikel 20, der den Gebrauch von Kriegspropaganda und ethnischen, rassistischen oder religiösen Hass verbietet. Die USA sind eines von zwei Ländern in der Welt, die die Konvention über die Rechte der Kinder nicht ratifiziert haben.

Lage der Kinder die schlechteste unter den Industriestaaten

Während einer Pressekonferenz 1994, als der Bericht „Die Entwicklung der Vereinten Nationen 1994“ vorgestellt wurde, erklärte James Grant, damals Exekutivdi-

fängnisse (120 mit insgesamt 120.000 Insassen) sind ein einträgliches Geschäft zum Schaden der Gesundheit und der Rechte der Häftlinge. Die Behandlung der Gefangenen ist in den städtischen Gefängnissen genauso brutal wie in den Arbeitsfarmen, die nichts anderes sind als Zwangsarbeitslager wie „Silverdale“ in Tennessee.

In den Bundesstaaten Texas, Arkansas und Louisiana sind Häftlinge zur Gratisarbeit auf den Feldern gezwungen. Sexueller Missbrauch gegen Frauen ist weit verbreitet. Im Allgemeinen nutzen private Unternehmen die Arbeit von Häftlingen und der Lohn beträgt etwa fünf Dollar pro Stunde, der aber auf ein bis zwei Dollar reduziert werden kann, da erlaubte Abzüge bis zu 80 Prozent des Lohns ausmachen können. Das kommt den Gewinnen wohlbekannter großer Firmen zugute.



Nicht registrierte Immigranten, deren Abschiebungsbefehl nicht ausgeführt werden kann, bleiben in Jugendstrafanstalten oder Gefängnissen inhaftiert. Sie werden dort unter schrecklichen Bedingungen und ohne jede Rechte festgehalten – eine Situation, die zeitlich nicht begrenzt ist. Schätzungsweise werden 13.000 Menschen unter diesen Bedingungen in Gefangenschaft gehalten. Der Oberste Gerichtshof hat eine Entscheidung des Appellationsgerichtshofs bestätigt, wonach solche Häftlinge keine verfassungsmäßigen Rechte besitzen, da sie nicht der Gerichtsbarkeit der USA, sondern der Gerichtsbarkeit der INS unterliegen.

Unterdrückung nach innen – Aggression nach außen

Die Methoden, die von der US-Regierung bei der Unterdrückung sozialer Bewegungen angewendet werden, reichen von Mordanschlägen – so geschah es mit den Black Panthers – bis zu fadenscheinigen Gerichtsverfahren wie im Fall von Leonard Peltier, der zu einer langen Freiheitsstrafe, und von Mumia Abu Jamal, der zum Tode verurteilt wurde.

In den Vereinigten Staaten wurde offiziell bekannt gegeben, dass die Regierung

Experimente mit radioaktiven Stoffen an Geisteskranken, schwangeren Frauen und ganz gewöhnlichen Bürgern durchgeführt hat. Offiziell zugegeben wurde auch, dass über Jahre hinweg über 400 Menschen schwarzer Abstammung als Versuchskaninchen in medizinischen Experimenten benutzt wurden. Man hatte ihre Behandlung wegen Syphilis ohne deren Zustimmung abgebrochen, um den Fortgang der Erkrankung unter solchen Umständen zu erforschen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat auch die Vertretung der Interessen transnationaler pharmazeutischer Konzerne übernommen, die vor der Welthandelsorganisation (WTO) gegen Brasilien klagen, um zu verhindern, dass dieses Land wichtige Medikamente zu niedrigeren Preisen herstellt. Unter diesen Medikamenten befinden sich auch solche, die zur Bekämpfung von AIDS hergestellt werden.

Trotz der Internationalen Konvention gegen die Rekrutierung, die Verwendung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern – auch eine Konvention, die von den USA nicht unterzeichnet wurde – setzen die USA sowohl innerhalb des Landes als auch in Kolumbien und in den so genannten Friedensmissionen in Bosnien-Herzegowina und Kosovo Söldner ein.

Die Vereinigten Staaten verletzen systematisch Völkerrecht und Menschenrechte, indem sie die Blockade gegen Kuba 40 Jahre lang aufrecht erhalten und indem sie den UN-Sicherheitsrat zwingen, das Embargo gegen den Irak aufrecht zu erhalten. Auch verletzten die USA die Genfer Konventionen über das humanitäre Kriegsvölkerrecht während der Invasion in Panama, während des Golfkriegs und im Krieg gegen Jugoslawien.

Mit der Umsetzung des „Plan Colombia“ und mit der Aufrechterhaltung ihrer Militärbasen in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern (z.B. Manta in Ecuador, Vieques in Puerto Rico, Guantanamo auf Kuba) und in anderen Ländern anderer Regionen schaffen die USA Zonen der Unsicherheit, verschärfen internationale Konflikte und schaffen Bedingungen für die Internationalisierung einiger solcher Konflikte.

Angesichts all dieser Tatsachen drückt die AAJ ihre Befriedigung über die Entscheidung des UN-Wirtschafts- und Sozialrats aus, die USA aus der Menschenrechtskommission auszuschließen. Die AAJ hofft, dass dies den USA eine Warnung ist und eine Aufforderung, ihre Arroganz zu vermindern, mit der sie die internationale Gemeinschaft behandeln, und dass sie aufhört mit der Beschneidung der Menschenrechte ihrer eigenen Bevölkerung und der Menschen in aller Welt.

8. Mai 2001, Beinusz Szmukler (Präsident), Vanessa Ramos (Generalsekretärin), Alejandro Teitelbaum (AAJ-Vertreter bei der UNO in Genf)

Quelle: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/Welcome.html>, Übersetzung: Pst, Zwischenüberschriften von der Red.

Tschechische Republik Unterstützung für EU-Mitgliedschaft nimmt ab

Die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft in der Tschechischen Republik war niemals besonders hoch und ist heute die niedrigste von allen Kandidatenländern (sog. Luxemburger-Sechser – Tschechische Republik, Polen, Slowenien, Estland, Ungarn und Zypern). Diejenigen tschechischen Bürger, die die EU-Mitgliedschaft unterstützen, führen vor allem ökonomische Gründe an, also die Verbesserung der Lebensniveaus. Aber gerade ökonomische Gründe sprechen andererseits am meisten dagegen: Vor allem ältere Leute befürchten die Bedrohung der traditionellen tschechischen Industrie, Inflation und die negative Entwicklung im Sozialbereich. Das positive Verhältnis zur EU-Mitgliedschaft hat auch einen ausgeprägten ideologischen Aspekt. Es gilt, ähnlich wie beim NATO-Beitritt, als Äußerung der Zustimmung mit der heutigen Regierungen, ihrem Antikommunismus und ihrer westlichen Orientierung. Die Befürworter der EU-Mitgliedschaft haben immer die Freizügigkeit der Personen (Arbeitskräfte) und das Recht auf freie Niederlassung angeführt als die einschneidendste Veränderung. Deshalb verursacht die Forderung nach einer sog. Übergangsphase für neue Mitglieder von mindestens zwei Jahren mit der Möglichkeit, die Frist bis auf sieben Jahren zu verlängern, eine Forderung, die vor allem von der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt wurde, das nachlassende Interesse der tschechischen Bürger an der EU-Mitgliedschaft. Die Unterstützung beträgt momentan nicht ganz 50%, das bedeutet, sie liegt um 10% unter der des vergangenen Jahres.

Aber die Einschränkung für neue EU-Länder betrifft nicht nur die Freizügigkeit. Ähnliche Maßnahmen sollen auch die Firmen ereilen, die Dienstleistungen anbieten.

Man muss auch anführen, dass die Information der tschechischen Öffentlichkeit über Vorteile, aber vor allem über Nachteile der EU-Mitgliedschaft durchaus ungenügend ist. Die Regierung ist deshalb angeklagt, dass sie nicht die eigenen tschechischen Interessen vertritt und dass diese Interessen den Interessen der transnationalen Monopole und der bürokratischen EU-Strukturen untergeordnet sind. Und deshalb fordert z.B. die tschechische kommunistische Partei ein Referendum über die endgültige Entscheidung über den EU-Beitritt.

e.h., Tsch. Rep.
P.S. Zur Zeit befasst sich der Senatsausschuss für europäische Integration erneut mit einem Gesetzesentwurf zur Volksabstimmung über den EU-Betritt Tschechiens

Die beinharte Haltung der türkischen Regierung hat zwei weitere Opfer im Todesfasten von Gefangenen und Angehörigen gefordert. Unterdessen ließ die Regierung zwölf Gefangene, die im Krankenhaus Izmir der Tortur der Zwangsernährung unterzogen wurden und sich in einem sehr schlechten Zustand befinden, überraschend vorübergehend frei. Ein Anzeichen für Dialogbereitschaft? Gefangene und Angehörigen verneinen das, und die Umstände geben ihnen Recht. Die Gefangenen wurden, ohne dass irgend jemand informiert wurde, vor die Tür gesetzt, obwohl sie nicht laufen können, einige ohne Gedächtnis, andere halb bewusstlos waren. Gefangene kritisieren, dass lediglich bezweckt sei, sie mit ihren Familien zu konfrontieren und so den Widerstand gegen die Isolationshaft aufzuweichen. Einige der Entlassenen setzen das Todesfasten fort.



Türkei verurteilt

Die TR wurde vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen des Todes von elf Kurden verurteilt. Die Richter kamen zu dem Schluss, dass die Opfer, die 1993 „verschwunden“ waren, an der „unmenschlichen Behandlung“ durch die türkische Polizei gestorben waren. Die Regierung habe bis heute keine „plausible und zufriedenstellende Erklärung“ für das Schicksal der „Verschwundenen“ gegeben. Die TR wurde zu 1,01 Mio. Euro Schadensersatz an die Hinterbliebenen verurteilt.

EU-Einigung gegen Freizügigkeit

Die EU-Mitgliedsländer haben sich auf flexible Übergangsfristen von bis zu sieben Jahren für den freien Zugang zum Arbeitsmarkt der alten Mitgliedsländer für Menschen aus den Beitrittsländern geeinigt. Damit gaben Spanien, Portugal und Griechenland nach. Sie hatten eine Zustimmung zu Übergangsfristen für Freizügigkeit davon abhängig gemacht, dass sie nach dem Beitritt mittel- und osteuropäischer Länder Mittel aus den EU-Fonds ungefähr in bisheriger Höhe erhalten. Diese Auseinandersetzung wurde zunächst verschoben. Abweichend vom bisherigen Vorschlag der EU-Kommision wurde außerdem ein Passus beschlossen, wonach Deutschland und Österreich während der Übergangsfrist für Personenfreizügigkeit auch Maßnahmen zur Beschränkung des Dienstleistungsverkehrs der Beitrittsländer ergreifen können. Die haben praktisch keine Aussicht, die diskriminierenden Maßnahmen noch zu kippen.

„Ein rotes Zypern im Vorzimmer der EU“

So kommentiert die *Neue Zürcher* den Wahlsieg der reformkommunistischen Akel-Partei in Zypern, die erstmals in ihrer 75-jährigen Geschichte mit fast 35% stärkste Partei wurde und 20 von 56 Mandaten errang. Zweitstärkste Partei mit

34% wurden die rechtsliberale Demokratische Front, die bisher die Regierung stellte und indestens zwei Koalitionspartner finden muss, um weiter regieren zu können. Akel tritt für den Beitritt Zyperns zur EU ein, nimmt aber gegen eine Reihe von Auflagen – v.a. die Privatisierung der Staatsbetriebe und die Einführung der Mehrwertsteuer – Stellung.

Regierungsbildung in Montenegro

Nach wochenlangen Verhandlungen hat sich der nationalistische Liberale Bund bereit erklärt, eine Minderheitsregierung unter Präsident Djukanovic zu unterstützen. Wie berichtet, hatte die für die Lösung aus Jugoslawien eintretende Koalition von Djukanovic die Wahlen nur knapp vor den Sezessionsgegnern gewonnen. Djukanovic einigte sich mit den Liberalen darauf, dass das Parlament in zwei bis drei Monaten ein neues Gesetz über ein Unabhängigkeitsreferendum verabschieden soll und dass das Referendum dann binnen sechs Monaten durchgeführt werden soll.

NATO-Staaten heizen Bürgerkrieg in Mazedonien an

Solange die NATO die Möglichkeit der Lostrennung des Kosovo von Jugoslawien offen und damit großalbanische Bestrebungen lebendig hält, kommt Mazedonien nicht zur Ruhe. Nachdem es der Regierung gelungen war, die UCK aus den Hügeln von Tetovo zu vertreiben, schien der Weg zu Reformen offen, die die Rechte der albanischen Minderheiten stärken und gleichzeitig die territoriale Integrität Mazedoniens wahren könnten. Erste Schritte erfolgten, doch dann erschoss die UCK in einem Hinterhalt 8 mazedonische Soldaten. Seither befindet sich das Land in einem Bürgerkrieg, der durch den OSZE-Sonderbotschafter Frowick zusätzlich angeheizt wurde. Der drängte die legalen albanischen Parteien zu einem Abkommen mit der UCK und versuchte damit die UCK zum Verhandlungspartner der mazedonischen Regie-

lung zu machen. Das führte erwartungsgemäß zu einer schroffen Absage und einer neuen Offensive gegen hauptsächlich von Albanern bewohnte Gebiete. Ergebnis des Bürgerkrieges ist schon jetzt, dass Mazedonien seine Unabhängigkeit de facto verloren hat und zum Protektorat der NATO geworden ist. Inzwischen hat die UCK erklärt, eine neue Abteilung in Nord-Griechenland eröffnet zu haben. Hier lebt eine albanische Minderheit.

GB: Rassistische Offensive

Oldham ist eine städtische Gemeinde an der Nordost-Peripherie von Manchester. Seitdem die lokale Textilindustrie zusammengebrochen ist, beträgt die Arbeitslosigkeit unter der Jugend der meist asiatischen Migranten, die einst von der Textilindustrie angeworben wurden, um die 40%. Die Situation ist durch eine schroffe Segregation und durch wachsenden Einfluss von rechtsextremen und neofaschistischen Kräften gekennzeichnet. Als „Problemzone“ gilt Oldham, weil sich die Einwohner nicht mehr gefallen lassen und ihre Viertel – nicht gegen „Weiße“, wie viele Zeitungen schreiben, sondern gegen weiße Rassisten – verteidigen. Die Situation verschärfte sich vor Wochen durch die äußerst rassistisch geführte Wahlkampagne der Konservativen, die auch von Labour aufgegriffen wurde. So verlangen die Konservativen und Labour eine Revision der Genfer Flüchtlingskonvention. Auf diesem Boden versuchten die „National Front“ und die „British National Party“ Aufmärsche in den Vierteln der Einwanderer durchzuführen, die BNP rief zum „Boykott asiatischer Läden“ auf usw. Die Lage eskalierte, als Rechtsextreme den Streit zwischen zwei Jugendlichen zum Anlass nahmen, Wohnhäuser, Geschäfte und Autos von Einwanderern anzugreifen, und als dann die Polizei, die nicht nur die Einwanderer, sondern auch eine unabhängige Kommission „institutionellen Rassismus“ vorwerfen, mit einem massiven Einsatz v.a. gegen die jugendlichen Einwanderer einging.

Zusammenstellung: scc

ERFURT. Am 26. Mai demonstrierten in Erfurt vor der Staatskanzlei und dem Innenministerium etwa 100 AntifaschistInnen aus den Gewerkschaften, Parteien und Initiativen gegen den Verfassungsschutz-Skandal in Thüringen und forderten den Rücktritt von Innenminister Köckert und VS-Chef Sippel. Es sprachen: Bodo Ramelow, Landtagsabgeordneter PDS, ein Vertreter junger AntifaschistInnen, Frank Spieth, DGB-Landesvors., Marco Eulers, B90/Grüne und Angelo Lucifer, Stellv. Landesleiter von ver.di. Dieser sagte u.a.: „In Thüringen gibt es absurde Zustände. Nazi-Kader brauchen nicht auszusteigen, um mit unseren Steuergeldern versorgt zu werden. Sie müssen nur so tun, als ob sie interne Infos an dem VS abgeben und schon werden sie mit Geld gefüttert und können die rechte Szene ausbauen. Die Rechnung bezahlen WIR. Verdoppelung der Gewalt, Schaffung „national befreiter Zonen“. In den letzten 10 Jahren sind mehr als 100 Menschen von Rechten ermordet worden. Unzählige sind krankenhausreif geprügelt worden. Man stelle sich vor, es wären keine Flüchtlinge, keine Schwarze, keine Behinderte, keine Obdachlose, keine Schwule, keine Punks, keine Autonome, sondern Minister, Unternehmer, Staatssekretäre gewesen. Die Gefängnisse wären gefüllt mit Neonazis und wir müssten heute nicht hier demonstrieren. Doch statt dessen, weil es offensichtlich Menschen erster und zweiter Klasse gibt, wird der Neonazismus verharmlost, die Opfer diskriminiert und ständig versucht Links und Rechts gleichzusetzen.“



<http://lag-antifa.de>

„Menschen für Volksabstimmung“ startete in 20 Großstädten

BREMEN. Mit vielfältigen Aktionen, Infoständen und Prominenten starteten am 22. Mai die Unterschriftenaktion „Menschen für Volksabstimmung“ in 20 Großstädten. Ziel der von der Bürgeraktion „Mehr Demokratie“ im Bündnis mit 66 Verbänden getragenen Initiative ist die Einführung bundesweiter Volksbegehren und Volksentscheide in das Grundgesetz. Unter dem Motto „Gesicht zeigen für die Volksabstimmung“ sammelt das Bündnis zudem Bürger-Porträts, die am Ende der Aktion in einer Ausstellung vor dem Bundestag zusammengeführt werden. Mit der Fotoaktion will die Initiative zeigen: Das Volk ist keine anonyme Masse, sondern es sind viele Menschen, die mit ihren Ideen, Interessen und Problemen ernst genommen werden wollen.

www.mehr-demokratie.de

Schadenersatzklage wegen NATO-Kriegsverbrechen in Jugoslawien

BERLIN. Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer Orientierungen unterstützen in einem Aufruf „Das Massaker von Varvarin“ im Rahmen eines Projektes „NATO-Kriegsopfer“ klagen auf Schadenersatz“ einen Spendenauftrag zur Unterstützung einer Schadenersatzklage. Unter den Unterzeichnern des Aufrufs sind: Hans Branscheidt, medico international Frankfurt; Jürgen Elsässer, Konkret-Redakteur; Prof. Enderlein, Rechtsanwalt; Christian Führer, Pfarrer an der Nikolaikirche Leipzig; Wolfgang Gehrke, MdB, Stellv. Vorsitzender der PDS-Fraktion; Heidi Lippmann, MdB, AG Internationale Politik der PDS-Fraktion; Prof. Moritz und Sonja Mebel, Ärzte; Prof. Norman Paech, Völkerrechtler; Käthe Reichel, Schauspielerin; Elmar Schmähling, Flottenadmiral a.D.; Horst

Schnitthenn, IG Metall, Mitglied des Vorstandes; Gerhard Zwerenz, Schriftsteller, u.a. Geklagt wird als Miterantwortliche an den NATO-Kriegsverbrechen gegen die Bundesrepublik Deutschland. Anklageverteilter ist Rechtsanwalt Ulrich Dost, Berlin. Es ist die erste europäische Schadenersatzklage wegen der Kriegsverbrechen in Jugoslawien. Die Opfer sind 10 Tote und 30 verletzte Zivilisten. Unterstützer des Aufrufs können ihre Spenden an die Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Konto-Nr. 33 522 014 unter „Schadenersatz für NATO-Kriegsopfer“ überweisen. Das Konto wird von der Vereinigung demokratischer Juristen e.V. geführt.

abe

tionalismus, Rassismus und Militarismus. All das sind Grundlagen rechter Ideologien, welche rechte Gewalt zur Folge haben“, so ein Vertreter des AK Antifaschismus. Es müsse also darum gehen, neben der rechten Gewalt vor allem die Ideologie als deren Vorläufer zu kritisieren und zu bekämpfen. Die in der DB organisierten Männer seien zwar nicht die kahlrasierten, Springerstiefel tragenden Nazihorden. Sehr wohl finde sich aber eine ähnliche, wenn nicht gar deckungsgleiche Ideologie. Mail: ak.antira@gmx.net www.info.partisan.net

Kommunal und regional Vernetzen im Kampf gegen die Nazis

FRANKFURT A.M. „Wie Vernetzen im Kampf gegen Nazis in Frankfurt und der Region?“ war die Fragestellung einer Podiumsdiskussion, die am 26. Mai im Studierendenhaus der Frankfurter Universität mit etwa 200 Personen stattfand. Auf dem Podium saßen Manuel Parrondo (Kommunale Ausländerinnen- und Ausländervertretung Frankfurt), Harald Fiedler (DGB-Kreisvorsitzender), Elisabeth Abendroth, Katinka Poensgen (2. Bevollmächtigte der IG Metall Frankfurt), Benjamin Ortmeier (GEW Frankfurt), Harald Anonymus (Antifaschistisches Aktionsbündnis Frankfurt), Mustafa Korkmaz (Kampagne „Weg mit der NPD“) und Hans Christoph Stoodt (Telefonkette gegen Rechts). Die Veranstaltung war im Vorfeld von einem breiten Bündnis linker Parteien, antifaschistischer und antirassistischer Initiativen, Gewerkschaftsorganisationen und Einzelpersonen unterstützt und vorbereitet worden. Nach ei-



ner in einigen Fragen durchaus kontroversen Diskussion zur Einschätzung der Ereignisse um die im Wesentlichen erfolgreich verhinderten Nazi-Aufmärsche am 7. April und am 1. Mai dieses Jahres ging es danach um die Frage der Gründung einer Anti-Nazi-Koordination in Frankfurt. Dafür lag allen Anwesenden ein Diskussionsentwurf „Gründungserklärung der Anti-Nazi Koordination Frankfurt“ vor. Ziel der gesamten Arbeit dieses Bündnisses wird es sein, in größtmöglicher Breite einen Beitrag für ein grundsätzliches Anti-Nazi- und antirassistisches Klima in Frankfurt zu schaffen sowie jegliches öffentliche Auftreten von Nazis und Rassisten in der Stadt aktiv zu verhindern. Beide Aktionsformen und Anliegen zu verbinden und zu koordinieren, ist das wichtigste Anliegen der Anti-Nazi-Koordination. *frankfurter info*

16. Juni Europäisches Friedensforum

BERLIN. Das am 24. März diesen Jahres gegründete „Europäische Friedensforum“ führt am 16. Juni in Berlin eine weitere Beratung durch, zu der alle Friedensfreunde eingeladen sind. Die Gründung war Ergebnis eines zweitägigen europäischen Friedenskonvents, zu dem sich Teilnehmer aus 19 Ländern anlässlich des zweiten Jahrestages des NATO-Überfalls auf Jugoslawien versammelt hatten: Vertreter von Friedensinitiativen, Persönlichkeiten aus Parlamenten, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Künstler, Intellektuelle u.a. In einer Erklärung wurde betont, dass „ein Netzwerk neuer internationaler Kooperation und Koordination wirksam werden soll, das auf eine stabile europäische Friedensordnung hinwirkt.“ Elmar Schmähling erklärte, dass es eine Einladung an alle zum Mitmachen sei. Die erfolgreiche Gründung des Europäischen Friedensforums führte bereits zu weiteren Aktionen und Initiativen in einigen europäischen Ländern. Am 4. Juni fand in Moskau die erste Präsidiumssitzung statt. Um auch in der BRD weitere Schritte zur internationalen Vernetzung der europäischen Friedenskräfte im EPF (European Peace Forum) zu gehen, soll nun am 16. Juni 2001 in Berlin die Beratung zur Auswertung der bisherigen Arbeit und zu ersten koordinierenden Maßnahmen für eine deutsche Mitgliedschaft im Europäischen Friedensforum durchgeführt werden. (16. Juni 2001, 13.00 Uhr in den Räumen der GBM, Berlin, Weitlingstr. 89, Nähe Bahnhof Lichtenberg)

Im Vorfeld der Beratung wurde mitgeteilt, dass die nächsten Tagungen des Europäischen Friedensforums in Athen und im Frühjahr 2002 in Prag stattfinden werden. Der Vertreter der Russel-Foundation, Ken Coates, hat der Bitte, einen der beiden noch freien Präsidentenplätze einzunehmen, zugestimmt. Die Berliner Tagung wird sich mit der Auswertung der Präsidiumssitzung in Moskau und weitere Schritte der Verankerung des Eu-

ropäischen Friedensforums unter den Friedenskräften in Deutschland befassen. Elmar Schmähling, der als Sekretär des Europäischen Friedensforums tätig ist, wird einen Vorschlag zur Erarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes zu den Plänen der USA zu dem Aufbau eines Raketenwalls (NMD) unterbreiten. Dr. Peter Strutynski vom Kasseler Friedensratschlag erklärte, dass wirksame Friedensarbeit vielfältige Aktionen und gemeinsame übergreifende politische Projekte brauche. *abe*

Finanzmisere Berlins rückt Fusion Berlin-Brandenburg in weite Ferne

BERLIN. PDS-Landeschef Ralf Christoffers erklärte, dass nach Auffassung der PDS durch die Berliner Finanzmisere in nächster Zukunft kaum an eine Fusion Berlins mit dem Land Brandenburg gedacht werden könne. In Berlin stehe ein „inhaltlicher und politischer Neuanfang auf der Tagesordnung.“ Allerdings sei die PDS dafür, die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern schon jetzt auszuweiten. Zunächst sei es erforderlich, gemeinsame Institutionen zu bilden, die sich besonders mit Fragen der Wissenschafts- und Hochschulpolitik und der Osterweiterung der EU befassen müssten. Auch Brandenburg sei derzeit nicht „fusionsreif“, da hier ein Konsolidierungsprojekt fehle. Die Berliner PDS-Fraktion, so Harald Wolf, Fraktionsvorsitzender der PDS im Abgeordnetenhaus, bezieht eine ähnliche Position. Wer eine Länderneuordnung wolle, der müsse seine Finanzen in Ordnung bringen und Vertrauen schaffen. *abe*

Abschiebung eines türkisch-kurdischen Kriegsdienstverweigerers vorläufig ausgesetzt

HANAU. Sedat Baydemir ist Kriegsdienstverweigerer, wofür ihn in der Türkei mehrere Strafverfahren und Haftstrafen erwarten. Am 30. Mai haben vor der JVA Hanau, wo Sedat am 17. Mai hingebracht worden war, mehrere türkische Kriegsdienstverweigerer demonstriert – einige von ihnen sind ebenfalls akut von Abschiebung bedroht. Sedat war allerdings in der Nacht davor in die JVA Weiterstadt „evakuiert“ worden (O-Ton des Hanauer Dienstleiters: „Wir müssen die Zielperson ja nicht da sitzen lassen“). Connection e.V. und der Niedersächsische Flüchtlingsrat haben am 31. Mai eine Petition beim Bundestag eingereicht, um zu erreichen, dass der Fall noch einmal gründlich untersucht wird. Das Landratsamt Hanau (der Landrat ist oberster Dienstherr der Ausländerbehörde) hat daraufhin beschlossen, die Abschiebung bis zur Entscheidung des Petitionsausschusses auszusetzen. Das ist mit Sicherheit auch auf das öffentliche Interesse und die Aktivitäten der anderen Kriegsdienstverweigerer zurückzuführen. Allerdings soll Sedat weiterhin im Knast

bleiben, als ob er ein Verbrecher wäre. Deshalb steht die Forderung nach Freilassung von Sedat nach wie vor!

Mail: dfgvk@bamm.de *indymedia.de*

Protestkundgebung gegen israelische Kriegspolitik

HAMBURG. Erfreulich gut besucht hat am 28. Mai eine dreistündige Protestkundgebung auf dem Ida-Ehre-Platz stattgefunden. Sie richtete sich gegen die fortwährenden Angriffe des israelischen Militärs gegen die palästinensischen Autonomiegebiete. Viele bunte Transparente, Schautafeln und Plakate sowie palästinensische Musik machten die vorbei eilenden PassantInnen auf die verzweifelte Situation der PalästinenserInnen aufmerksam. Zu der Kundgebung aufgerufen hatte ein Bündnis aus palästinensischen und deutschen Gruppen. Letztere waren mit gut einem Drittel gut vertreten. In dem mehrfach verlesenen Aufruf zu der Kundgebung wurde u.a. das Ende des Siedlungsbaus gefordert und die Unterstützung der israelischen Aggressionspolitik durch die deutsche Regierung angeprangert. Einig waren sich die VertreterInnen des Vorbereitungskreises, dass mit der Kundgebung ein wichtiger Schritt für den Aufbau einer aktionsfähigen Palästina-Solidarität gelegt wurde. Eine gute Basis für die nächste gemeinsame Demonstration am Freitag, 8. Juni. Im Juni jährt sich der Sechstagekrieg zum 34. Mal. Im Zuge dieses Angriffes wurden 1967 weite Teile der palästinensischen Gebiete von den israelischen Besatzungstruppen okkupiert und bis heute trotz wiederholter internationaler Forderung nicht an die PalästinenserInnen zurück gegeben.

lc, Lokalberichte Hamburg

Papiere jetzt! Legalisierung von Sans Papiers! – Konferenz am 23.6.

BOCHUM. Auf einer bundesweiten Konferenz der Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, -gruppen und Initiativen sollen Konzepte zur Legalisierung von Menschen ohne Aufenthaltsstil unter verschiedenen Gesichtspunkten erarbeitet und anschließend als Forderungskatalog der Öffentlichkeit präsentiert werden. Programm vormittags: Referate von RepräsentantInnen von Selbstorganisationen- und UnterstützerInnengruppen illegalisierter Flüchtlinge aus anderen europäischen Ländern, in denen Legalisierungsprogramme stattfanden. Diese Programme sollen vorgestellt und die praktischen Erfahrungen bei ihrer Umsetzung kritisch kommentiert werden. Frankreich - Sans Papiers, Belgien - Sans Papiers, Italien - Senza Fine, Spanien - Sin Papeles. Nachmittags: Arbeitsgruppen und Abschlussplenum, Verabschiedung des Forderungskatalogs. Anfragen zur Konferenz: 0202-455054 (Ludwig Quidde Forum).

<http://bo-alternativ.de/papiere-jetzt/>

Widerstand gegen Bäderschließung nur knapp gescheitert

Essener Bürgerentscheid war Dämpfer für CDU

ESSEN. „Das reichte zwar nicht für den Erfolg des Bürgerentscheids, von einer Niederlage mag man jedoch auch nicht sprechen“, interpretierte die PDS-Ratsgruppe den ersten Essener Bürgerentscheid am 20. Mai. 86.998 Menschen stimmten dabei für den Erhalt von zwei Freibädern in Essen, damit fehlten nur 7.156 Ja-Stimmen am erforderlichen Quorum von 94.154 Stimmen. Lediglich 9.940 Menschen votierten mit Nein.

Der Bürgerentscheid richtete sich gegen die unsoziale Haushaltssicherungspolitik, die von CDU, FDP und REP gemeinsam getragen wird. Dazu die PDS im Rat: Durch die Bäderschließungen „werden zwei Stadtteile nördlich der A 40 (getroffen), die – insbesondere Altendorf als Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf – heute schon sozial wegzukippen drohen. Für die über 90.000 Menschen im Essener Westen soll es dann bestensfalls ein Freibeachen an der Oase (Fun-Bad) von 25x12m geben, die 60.000 Bewohner von Altenessen sollen nach Gelsenkirchen in den Revierpark Nienhausen fahren – beides ein schlechter Witz.“

Die CDU hatte im Vorfeld des Bürgerentscheids alle Kompromissangebote abgelehnt. Die Initiatoren – Bürger aus den Stadtteilen und Sportvereine, unterstützt von der Ratsopposition aus SPD, Grünen und PDS sowie der DKP – hatten z.B. angeboten, die Bäder in Eigenregie zu übernehmen. Es lagen ausgearbeitete Konzepte auf dem Tisch, wie durch eine Verringerung der Wasserfläche und Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten die Bäder attraktiver gestaltet werden können. Dadurch sollten die Einnahmen erhöht und so der städtische Haushalt entlastet werden. Die CDU bewegte sich keinen Millimeter: Sie will zumindest große Grundstücksteile der beiden Bäder als Baugrund für den Eigenheimbau vermarkten und damit ihre „Wahl“-Klientel bedienen – koste es an sozialer Infrastruktur, was es wolle.

Der Widerstand fiel wesentlich deutlicher aus, als die CDU es erwartet hatte. In allen Stadtteilen bildeten sich Initiativen und machten „Wahlkampf“. 500 Plakatständer wurden im ganzen Stadtgebiet aufgestellt, Kindergärten bemalten gemeinsam Plakatwände, am Rhein-Herne-Kanal wurde das Dr.-Reiniger-Alternativbad eröffnet, die neue Gewerkschaft ver.di rief auf, mit Ja zu stimmen. Bei allen Aktionen mischten PDS-Mitglieder kräftig mit. Dabei kamen sich alle Oppositionskräfte näher. Obwohl erst Ignorieren angesagt war, sah

sich die CDU in den letzten Wochen vor dem Wahltag gezwungen, Stimmung gegen den Entscheid zu machen. Sie ließ durch professionelle Verteiler ein Flugblatt in die Briefkästen stecken, das einen latenten Antikommunismus schürte (Überschrift: „Essen kann ruhig baden gehen – Denken das DKP, PDS und SPD?“), um die Oberhoheit über die Stammtische zurückzuerhalten. Mit mäßigem Erfolg, wie die geringe Anzahl von „Nein“-Stimmen zeigt.

Kalte Füße bekam auch CDU-Oberbürgermeister Dr. Reiniger. Er forderte mit einem Brief die Essener Sportvereine auf, „sich beim anstehenden Bürgerentscheid für ein Nein zu entschließen“. Gleichzeitig drohte er damit, die geplanten Einsparungen von rd. 3 Mio. DM (etwas über 1% des Essener Stadthaushaltes) bei einem Erfolg des Bürgerbegehrens „auf anderem Wege“ zu Lasten der Sportvereine herbeizuführen. Zudem verschickte er den Brief auf städtische Kosten. Die PDS-Ratsgruppe stellte umgehend Dienstaufsichtsbeschwerde beim

Frage, die „nur“ zwei Stadtteile direkt betraf, wäre der von ihr (mit FDP und REP-Unterstützung) getragene Ratschluss fast gekippt worden. Die Mobilisierung in den betroffenen Stadtteilen war deutlich höher als im gesamten Stadtgebiet. Hier wurde das notwendige Quorum von 20% Ja-Stimmen locker erreicht. Im Bezirk V Altenessen stimmten 28,25 % der Wahlberechtigten für die Öffnung der Bäder, im Bezirk III Essen-West fast 24,7%. Bei der Kommunalwahl lag die Wahlbeteiligung in Essen unter 50%, in den nördlichen Stadtteilen teilweise unter 30%. Also auch im Vergleich mit der Kommunalwahl hat sich eine Mehrheit für den Erhalt der Bäder ausgesprochen. „Die CDU sollte die beiden Bäder öffnen, das wäre unserer Ansicht nach die richtige Antwort auf die Stadtteilergebnisse“, fordert die PDS-Ratsgruppe als Konsequenz. Das sehen auch die Initiatoren des Bürgerentscheids so, sie wollen weiter machen. Noch sind die Bäder zu retten. Die CDU hat vollmundig Ausgleichsmaßnahmen versprochen – die



Mit vielen, fantasievollen Aktionen warben die Initiatoren für den Bürgerentscheid gegen die Schließung von zwei Freibädern in Essen. Hier eine „Wasserkette“ in der Innenstadt am 12. Mai 2001.

Regierungspräsidenten, da der OB mit seinem Brief seine Pflicht zur Zurückhaltung im Vorfeld von Wahlen verletzt hat. Er hat damit in unzulässiger Weise sein Amt missbraucht. Diese Auffassung wird von der PDS-Ratsgruppe in Auftrag gegebenen Stellungnahme der Rechtsanwältin Dr. Michels bestätigt. Der Regierungspräsident hat den Oberbürgermeister um Stellungnahme zu den Vorwürfen gebeten.

Der Dämpfer für die CDU durch den Bürgerentscheid ist deutlich. In einer

Gelder will sie aus den Verkaufserlösen der beiden geschlossenen Bäder nehmen. Ungedeckte Wechsel auf die Zukunft: Vor dem Verkauf sind die Flächennutzungspläne zu ändern, sind Bebauungspläne aufzustellen. Das kann mehrere Jahre dauern, vor allem wenn Anwohner Einsprüche einlegen. Entsprechende Ankündigungen gibt es. Und, so die Kalkulation vieler, in drei Jahren sind Kommunalwahlen, dann kann eine neue Mehrheit im Rat die Bäder wieder öffnen.

Wolfgang Freye, Gabriele Giesecke

97000 Stimmen gegen Stadtwerke-Verkauf

DÜSSELDORF. Mit einem überwältigenden Erfolg konnte das Düsseldorfer Bürgerbegehren gegen den Mehrheits-Verkauf der Stadtwerke-Anteile am 20. Mai 2001 aufwarten: Über 97.000 Einwohnerinnen und Einwohner unterstützen die Forderung, dass die Stadt Düsseldorf ihren „bestimmenden Einfluss“ auf die Stadtwerke Düsseldorf AG be halten soll. Notwendig wären 88.000 Stimmen gewesen.

Eine Chronik der Ereignisse: Wenige Tage nach der Entscheidung, Verkaufsverhandlungen zu führen, formierte sich Widerstand, der hauptsächlich von der Gewerkschaft ver.di getragen wurde. In wenigen Wochen wurden über 63.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt. Kompromissformel dabei: gegen den Mehrheitsverkauf. So konnten sich die Befürworter der Stadtwerke Deutschland-Lösung ebenso einbringen wie die generellen Gegner einer Veräußerung und Freunde eines Minderheiten-Verkaufs. Die Informationsstände und Aktionen des Bürgerbegehrens trafen von Anbeginn an auf große Sympathien und breite Unterstützung. Die Ratsmehrheit aus CDU und FDP folgte dem Bürgerbegehren nicht, warf ihm zudem „Demagogie“ bei der Sammlung der Unterschriften vor und versuchte, durch Haushaltstricks das Begehren zu Fall zu bringen. So wurden zu erwartende Erlöse von über 300 Mio. DM aus dem Verkauf einfach in den Haushaltspol eingesetzt, um dem Bürgerbegehren einen „Finanzierungsvorschlag“ aufzuzwingen. Auch die Bedingungen für den – nach rechtlicher Prüfung eindeutig zulässigen – Bürgerentscheid sprühten vor Ignoranz und Arroganz: die Zahl der Wahllokale wurde von über 450 auf 200 abgesenkt und die Briefwahl ausgeschlossen. Parallel wurde dem Oberbürgermeister die Herausgabe eines „Bürgerbriefs“ gestattet, der letztlich 100.000,- DM kostete: Werbung für einen Mehrheitsverkauf auf Steuerkosten.

Dieses Verhalten der Ratsmehrheit gegenüber den Initiatoren des Bürgerbegehrens führte zu einer lebhaften Diskussion und Mobilisierung der EinwohnerInnen, die allein schon, „um der Arroganz der Macht zu trotzen“, zum Bürgerentscheid gingen. OB Erwin verlor jegliche Souveränität und wettete in seinem Büro gegenüber Journalisten von „einer Hetzkampagne gegen mich, wie ich sie nur aus den Geschichtsbüchern kenne“. Journalisten O-Ton: der sitzt da oben und dreht durch. *Frank Laubenberg, Lokalberichte Köln, Dokumente und Berichte: www.buergerbegehren-duesseldorf.de*



Gesundheitsgefährdung durch UMTS:

BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert die Bundesregierung aus Gründen des vorsorgenden Verbraucherschutzes auf, aus den Erlösen der von den Mobilfunkbetreibern erworbenen UMTS-Lizenzen Mittel für weitere Forschungen über die Auswirkungen elektromagnetischer Strahlungen durch Mobilfunkstationen bereitzustellen. „Wegen der zunehmenden Besorgnis der Bürgerinnen und Bürger über befürchtete gesundheitsschädigende Auswirkungen der elektromagnetischen Felder des Mobilfunkes muss der Bund seiner Fürsorgepflicht Genüge tun und einen Teil der von ihm für die UMTS-Lizenzen eingenommenen 100 Milliarden DM für Forschungen über die Wirkungsweisen und Langzeitfolgen elektromagnetischer Strahlung durch Mobilfunkstationen verwenden.“ Diese Forschung müsse insbesondere Antworten darauf geben, ob durch den Mobilfunk sog. athermische Effekte auf den menschlichen Körper ausgelöst werden, die z.B. zu Migräne sowie Schlaf- und Konzentrationsstörungen führen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert weiterhin die 6 UMTS-Lizenzersteigerer angesichts von bis zu 90.000 in den Städten und Gemeinden neu zu errichtenden Sendeantennen auf, die Kommunen rechtzeitig und umfassend vor der eigentlichen Standortwahl über die beabsichtigte Aufstellung der Stationen zu informieren. Ein derartiges Beteiligungsrecht der Gemeinden könne in der bereits im Entwurf vorliegenden Verordnung über das Nachweisverfahren zur Begrenzung elektromagnetischer Felder (BEMFV) verankert werden.
www.dstgb.de

Mobilfunkstationen überprüfen:

KÖLN. Die PDS-Offene Liste fordert die Überprüfung der Mobilfunkstationen. Die Stadt Köln hat an drei UMTS-Lizenznahmer Miet- bzw. Pachtverträge über die Errichtung von Sendemasten vergeben. Nur die Ratsmitglieder der PDS-Offenen Liste stimmten gegen den Antrag der Verwaltung. Die SPD kam nach der Abstimmung ins Grübeln und stellte im Gesundheitsausschuss eine Anfrage über die Gesundheitsrisiken durch UMTS. Zahlreiche Institutionen, darunter der Deutsche und der Bayerische Städte- und Gemeindebund, haben in den vergangenen Wochen mehr Transparenz und besseren gesundheitlichen Schutz gefordert. Die PDS-Offene Liste hat für die nächste Ratssitzung am 12.6. einen Antrag eingebracht, der von der Verwaltung die Erstellung einer „Standortliste Kölner UMTS-Antennenanlagen“ fordert. Sie erklärte: „Im Juni findet in Minnesota, USA, eine internationale Konferenz über Elektrosmog statt, an der auch ein Vertreter der Bundesregierung teilnimmt. Bis dahin sollte die Stadt die Ver-

träge nicht unterschreiben.“ *Kommunale Politik*
Lokalberichte Köln

Grüner Antrag:

AUGSBURG. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat beantragten, dass die Stadt auf ihren Grundstücken keine Standorte für Mobilfunkantennen zur Verfügung stellt, solange die gesundheitlichen Risiken der Anlagen nicht geklärt sind. Die Stadt solle ferner an die Grundstücksbesitzer appellieren, im Interesse des Gemeinwohls Zurückhaltung zu üben bei der Vermietung von Standorten insbesondere in Wohngebieten. Eine Installierung von Anlagen in Reinen oder Allgemeinen Wohngebieten kommt für die Stadt nicht in Frage. Mischgebiete und der ungeplante Innenbereich sind wie Wohngebiete zu behandeln. Die Stadt unterstützt Initiativen, die auch für Anlagen unter 10 Metern Höhe ein Informations-, Anhörungs- und Zustimmungsrecht der Kommune verlangen. Die jetzige Praxis, solche Anlagen quasi in Nacht- und Nebelaktionen aufzustellen, hält sie für unerträglich. Sie unterstützt Forderungen nach einer Senkung der Grenzwerte für Mobilfunkanlagen und der Errichtung von Mobilfunkkatastern. Grenzwertüberschreitungen müssen den Widerruf von Genehmigungen zur Folge haben.

Berichte aus Augsburg und Schwaben

Kraft-Wärme-Kopplung: BERLIN / KÖLN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert die Bundesregierung auf, mit einer gesetzlichen Regelung zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) nicht nur bestehende Anlagen zu sichern und zu modernisieren, sondern auch den Bau zusätzlicher KWK-Anlagen festzuschreiben. „Damit der Ausstoß von Kohlendioxid wirklich wie vorgesehen bis 2005 um 10 Millionen Tonnen und bis 2010 um 23 Millionen Tonnen reduziert werden kann, müssen die Schritte für die nächsten Jahre jetzt konkret geplant werden. Spätestens 2003 muss anhand jetzt festzulegender Kriterien entschieden werden, wie der Bau zusätzlicher Anlagen gefördert wird.“ Nach langen Verhandlungen hatten sich am 10. Mai die Verbände der Verbundunternehmen darauf verständigt, neben den selbstverpflichtenden Maßnahmen, wie etwa Kraftwerkserneuerung, zusätzlich auch gesetzliche Maßnahmen zu akzeptieren, um bestehende KWK-Anlagen zu sichern und zu modernisieren. Über den möglichen weiteren Bau von KWK-Anlagen soll jedoch erst 2005 entschieden werden. Die kommunale Seite hat gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di immer wieder darauf gedrängt, den zusätzlichen Bau von KWK-Anlagen gesetzlich zu verankern.

www.staedtetag.de

Zusammenstellung: ulj



26. Mai 2001: Todestage von Naimah Hadmar und Aamir Ageeb

Demonstration im Frankfurter Flughafen

FRANKFURT A.M. Knapp 300 Menschen, weniger als erwartet, setzten am 26. Mai die Demonstration auf dem Frankfurter Flughafen anlässlich der Todestage von Aamir Ageeb und Naima Hadjar durch. Die Fraport hatte vorher zwar die symbolische Anbringung der Gedenktafel für die Todesopfer der Abschiebepolitik zugestanden, wollte eine Demo aber unbedingt verhindern, wie der Leiter der Flughafen-Security noch am Samstagmorgen telefonisch versicherte. Die Eingänge des Flughafen-Bahnhofs und der ursprünglich als Ort der Auftaktkundgebung geplante Bereich A im Terminal 1 waren dann auch von einem enormen Polizeiaufgebot in Kampfanzügen belagert. Um dennoch die Demonstration durchführen zu können, war der Treffpunkt für die DemonstrantInnen jedoch insgeheim in den Bereich B verlagert worden, wo wir uns dann sammelten und die erste Kundgebung durchführten. Diese und der Demonstrationszug wurden schließlich – gegen alle Ankündigungen – geduldet. Es hätte wohl auch nicht so gut ausgesehen, hier gegenüber den TeilnehmerInnen – teils mit Blumen in der Hand – ein größeres Gerangel anzufangen. Fazit: als erfolgreich können wir die Durchsetzung der Demo betrachten, und auch die kurzfristige Duldung der Gedenktafel an einem nicht zu abgelegenen Ort. Etwas enttäuschend dagegen die relativ geringe Anzahl der 300 TeilnehmerInnen.

Anbringung einer Gedenktafel

Gedenktafel des Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main, angebracht am Eingang zum Terminal 1 Bereich A des Frankfurter Flughafens am 26. Mai, von der Verwaltung Fraport für die Dauer von 12 Stunden geduldet:

Zum Gedenken an:

Kola Bankole – 30.8.1994

Aamir Ageeb – 28.5.1999

die während ihrer Abschiebung beim Abflug von Frankfurt/Main in Lufthansamaschinen durch Beamte des Bundesgrenzschutzes gewaltsam zu Tode gebracht wurden.

Naimah Hadmar – 6.5.2000, die sich am 238. Tag ihrer Abschiebehafung aus Angst vor der Abschiebung im Internierungslager am Frankfurter Flughafen das Leben nahm.

In Trauer um diese und alle anderen Opfer, in Wut über die deutsche Abschiebepolitik. Eingreifen gegen Abschiebung, Ausgrenzung und jede Form von Rassismus! Kein Mensch ist illegal.

Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main: www.aktivgegenabschiebung.de – Alle Fotos von Arbeiterfotografie: www.arbeiterfotografie.com



Kein bedarfsdeckender Ausbau

STUTTGART. Die Landesregierung ist nicht bereit, das Angebot an Kindertagesstätten weiter auszubauen. In ihrer Koalitionsvereinbarung ist die Flickschusterei weiter angelegt.

Auf dem Papier steht zwar ein weiterer Ausbau von Tagesplätzen, aber eben nicht bedarfsdeckend. Daneben steht gleichermaßen die „flexible Gestaltung der Erwerbstätigkeit“, was signalisiert: Die Familie kann mit einem Minimum an Betreuungsangeboten auskommen, denn die Versorgung soll weitgehendst in der Familie bewältigt werden. Somit lädt die Landesregierung die Verantwortung und die Belastung voll auf die Schultern der Eltern. „Erziehungsarbeit der Eltern ist nicht nur ein unverzichtbarer Dienst für die eigenen Kinder, sondern ein wichtiger Beitrag für unsere Gesellschaft. Wir wollen die Erziehungsfähigkeit der Eltern stärken. Die Erziehungsleistung des Elternhauses muss in Kindergärten und in der Schule fortgesetzt und unterstützt werden.“

Ein Interesse von Wirtschaft und öffentlichem Dienst an der Versorgung der Kinder ihrer Beschäftigten wird mit keinem Wort erwähnt, folglich auch nicht deren Beteiligung an den Kosten.

Wie Erziehungsfähigkeit der Eltern über die erwähnten Kindergärten und Schulen hinaus gestützt werden soll, davon ist ebenfalls keine Rede, könnte demnach so interpretiert werden, dass hier auf die Einrichtungen für Kinder eine zusätzliche Aufgabe hinzukommt.

Für einige Familien, nämlich diejenigen, für die eine Haushaltshilfe in Frage kommt, will sich die Koalition erneut stark machen für deren steuerliche Absetzbarkeit.

Ein „Familiengeld“, das nicht genauer definiert ist, soll ebenfalls als Entlastung der Haushalte eingeführt werden. Erkennbar sind Übereinstimmungen mit der Propaganda der Republikaner. Die hatten ihren Landtagswahlkampf auf ein Familiengeld ausgerichtet, das die Eltern reich beschenken sollte, um jegliche staatliche Kosten für Versorgung der Kinder zu minimieren und gleichzeitig auch noch Sozialhilfe einzusparen.

Wie sich diese Flickschusterei bei der Planung des Landes konkret auswirkt, konnte letzte Woche in Stuttgart beobachtet werden. Das Platzangebot wird seit Jahren so gering wie möglich gehalten. Jedes Jahr wird mit einer Verminde rung der Kinderzahlen gerechnet, um ja keinen Platz „zu viel“ zu schaffen. Nun stellt sich nach der Platzvergabe für das Kindergartenjahr 2001/02 heraus, dass 2100 Ganztagesplätze (800 für Kleinkinder, 900 für Kindergartenkinder und 400 für Hortkinder) in Stuttgart fehlen.

Qualitätsoffensive, Bildungsauftrag,

zunehmende gesellschaftliche Bedeutung der Kindereinrichtungen, Hilfe für die Eltern, dies zählt nun natürlich nichts. Plätze müssen geschaffen werden, und zwar schnellstens!

Innerhalb zweier Wochen beschloss der Stuttgarter Gemeinderat: Jede Gruppe muss ein Kind zusätzlich aufnehmen, die neue Altersmischung – Kinder von 0-6 Jahren – wird um 4 Kinder pro Gruppe erhöht, mit einer zusätzlichen Halbtagskraft. Und wo wir schon mal dabei sind, wird für die mindere Qualität gleich eine höhere Gebühr beschlossen.

Die neue Altersmischung, unter vielen Erzieherinnen eher negativ bewertet, da die Kinder sich in stark unterschiedlichen Entwicklungsstufen befinden und dadurch Bedürfnisse sehr weit auseinandergehen, sind stark arbeitsintensiv. Während die unter Dreijährigen noch viel körperliche Pflege und Zuwendung brauchen und behütet werden müssen, wollen die Älteren eigenständige Erfahrungen machen, innerhalb und außerhalb der Einrichtungen. Sie brauchen dazu ebenfalls tatkräftige Unterstützung. Dies unter einen Hut zu bringen, erfordert viel Kraft. Bei den derzeitigen Bedingungen, die davon ausgehen, dass die Erzieherinnen oft alleine in der Gruppe arbeiten, ist dies nicht zu bewältigen. Der Vorschlag der Amtsleitung, mit personaler Aufstockung und eben einigen Kindern zusätzlich das Problem in den Griff zu bekommen, war vielleicht nicht bös gemeint, hilft aber nicht weiter. Es wird, vorausgesetzt man findet zusätzliche Fachkräfte, zwar in den Stoßzeiten mehr Personal geben, damit wenigstens die Grundbedürfnisse nach Mittagessen, frisch gewickelt sein und Mittagsschlaf befriedigt werden, die pädagogischen Anforderungen über den gesamten Tag hinweg können in einer so großen Gruppe kaum aufgefangen werden.

Die Aufstockung der Gruppen ist beschlossen, wie sie jetzt in den einzelnen Stadtteilen und Einrichtungen umgesetzt wird, darauf muss nun der Augenmerk liegen. So dürfen auf keinen Fall in der neuen Altersmischung die Platzzahl erhöht werden, ohne das zusätzliche Personal eingestellt zu haben. Es darf auch nicht die vertretbare Mischung von Klein- und Kindergartenkinder außer Acht gelassen werden. Es müssen mehr Gruppen und Einrichtungen geschaffen werden, denn ist das Angebot da, wird es auch angenommen. Den Eltern muss ein Stück der Verantwortung, wie und wo sie ihre Kinder unterbringen, abgenommen werden, indem ein vielfältiges Angebot geschaffen wird. Gut kann die ÖTV mit der SPD und der PDS in diesem Punkt zusammenarbeiten, sie stimmen inhaltlich überein.

unb
Resolution der außerordentlichen Teilpersonalversammlung Kindertageseinrichtungen vom 16. Mai 2001, die gemeinsam von den Beschäftigten dem Verwaltungsausschuss des Gemeinderates überreicht wurde.

Die Vorlage des Oberbürgermeisters zur Vertreibung des Personals in den Kitas muss weg!

Die vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen der Verwaltungsspitze zur Schaffung von weiteren Betreuungsplätzen für Kinder würden aus dem Desaster eine Katastrophe machen, da sie zur Verschärfung des Personalmangels beitragen würden.

Wir sehen uns ständig mit neuen pädagogischen Anforderungen konfrontiert, denen wir uns auch gerne stellen, wenn die notwendigen Rahmenbedingungen dafür gegeben sind: Integration und bessere Sprachförderung, Ausgleich von Defiziten im Wohnumfeld und in Familien, Stadtteilorientierung, Altersmischung und offenes Arbeiten, Integration von Kindern mit Problemlagen im Rahmen der Umsetzung des HzE-Projekts, Bildungsauftrag, etc.

Nicht umsonst wurden 1999 neue Standards bei Gruppengröße und Personalausstattung definiert, sie müssen weiterentwickelt werden, nicht abgebaut oder ausgesetzt!

Gleichzeitig ist es schon jetzt schwierig, offene Stellen zu besetzen, die Situation wird brisant! Gute Kolleginnen können sich schon heute Stellen nach Belieben aussuchen. Die Situation im Ausbildungsbereich zeigt, dass dies noch dramatischer wird.

Der quantitative Ausbau der Ganztagsbetreuung ist dringend notwendig. Das wissen wir schon deswegen, da wir es sind, die sich ständig konkret mit verzweifelten Eltern auseinandersetzen, denen wir nichts anbieten können.

Dies darf aber nicht mit einem Abbau der Betreuungsqualität erkauft werden! Notwendig ist: • Neue Plätze in neuen Gruppen • oder Angebotsveränderungen mit bestehenden Standards • Beibehaltung der Standards ohne Wenn und Aber • Ein Finanzrahmen, mit dem mögliche neue Ganztagesplätze/Gruppen sowohl bei den freien Trägern wie beim Jugendamt sofort realisiert werden können • Qualifizierungsunterstützung bei Umstellung von Kindergarten- in Ganztagesgruppen bei allen Trägern • Die Unterstützung der örtlichen Vernetzung von Angeboten der Kinder- Jugend- und Familienhilfe in der neuen Struktur des Jugendamtes statt Überlegungen zur Herauslösung unserer Angebote aus dem Amt • Langfristige Maßnahmen zur Personalgewinnung und für die Attraktivität des Erzieherberufs statt Verschlechterung der Arbeitsbedingungen...

Wir setzen darauf, dass Sie das Wohl und die Lebensqualität der Stuttgarter Bürger, seiner Familien und ihrer Kinder im Auge haben. Auch die Kunst hat da ihren Platz. Wir sind bisher gerne in die alte Galerie gegangen – auch mit Kindern. Kommunale Berichte St.. leicht gekürzt

Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV zum Pilotenstreik



Die im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ zusammengeschlossenen GewerkschafterInnen distanzieren sich von der Kritik der ver.di-Führung am Pilotenstreik. Nicht die Piloten sind verantwortlich für eine „tarifliche Schieflage“, sondern die Vorstände von ÖTV, ver.di und den anderen DGB-Gewerkschaften. Sie betreiben – nicht nur bei der Lufthansa – seit Jahren eine Verzichtspolitik zugunsten von Unternehmer- und Aktiengewinnen. Diese Politik geht voll auf Knochen, Nerven und Geldbeutel der abhängig Beschäftigten. Während Cockpit mit einer 35%-Forderung endlich ein Signal für einen Wechsel setzt, blockt unsere Gewerkschaftsführung jeden Versuch der Basis für eine gewerkschaftliche Offensive ab.

Die Tarifrunde beim Bodenpersonal der Lufthansa beweist, dass Bsirkse da weitermacht, wo Mai aufgehört hat. Der Warnstreik des Boden- und Kabinenpersonals bei der Lufthansa am 23. März hat gezeigt, dass die Kampfbereitschaft vorhanden war, die Verluste der letzten Jahre auszugleichen und dem weiteren Arbeitsplatzabbau und der Verschärfung der Arbeitsbedingungen endlich einen Riegel vorzuschieben. Von 1992 bis 1997 wurden 9000 Stellen bei Lufthansa abgebaut und gleichzeitig mit Zustimmung der ÖTV und DAG FlugbegleiterInnen zu schlechteren Auslandstarifen eingestellt.

Tarifbewegung 2001 der IG Metall: „Qualitative Forderungen“

Nach Angaben der Neckarsulmer Gewerkschaftsspitze beteiligten sind am 18.5.01 an „Frühchlussaktionen“ ca. 12560 Beschäftigte aus 24 Betrieben. Falls die Arbeitgeber von Südwestmetall nicht konstruktiv verhandeln, kündigte Rudolf Luz eine „Steigerung der Aktionen“ an. Für den 11. Juni ist bei den Unterländer Metaller eine Großkundgebung auf dem Marktplatz in Neckarsulm im Gespräch, bzw. in konkreten Vorbereitungen.

Die baden-württembergische IG Metall hat die Tarifbewegung 2001 eröffnet. Sie betrifft nicht Entgelterhöhungen, denn diese – 2,1% zum 1.5.2001 – stehen seit einem Jahr fest. Heute bestätigt sich, dass diese Erhöhung unter der Teuerung und weit unter den Möglichkeiten der boomenden Metallindustrie liegt. Sie ist das bisher greifbarste Ergebnis des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, das unter dem Titel „beschäftigungsfördernde Tarifpolitik“ die gewerkschaftlichen Lohnforderungen seinerzeit erfolgreich an die Leine gelegt hat. Die Unzufriedenheit mit dem Ergebnis für 2001 ist in der IG Metall inzwischen verbreitet, aber den Urheber

Der Abschluss von lächerlichen 3,5% auf die Grundvergütung bei einer Inflationsrate von derzeit 2,9% zeigt, dass die ver.di-Führung die Dividenden der Lufthansa-Aktionäre im Kopf hat und nicht die Interessen ihrer Mitglieder ... Wir fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, Forderungen und Streik der Piloten zu nutzen für eine Diskussion über eine gewerkschaftspolitische Wende ... Die Piloten fordern nicht zuviel, sondern die anderen Gewerkschaften haben zu wenig gefordert. Um diese Schieflage zu verändern, halten wir eine Nachschlagsdiskussion für nötig. Im öffentlichen Dienst reicht die diesjährige Erhöhung von 2,4% ab 1. September bei weitem nicht aus, um die inflationsbedingten Kaufkraftverluste auszugleichen. Bereits bei der ÖTV-Arbeiterkonferenz im Juli letzten Jahres wurde angesichts des miserablen Abschlusses im öffentlichen Dienst die Forderung nach einem Nachschlag aufgestellt. Wir denken, dass der Pilotenstreik für die Gewerkschaften Anlaß sein muss um für alle ArbeitnehmerInnen einen kräftigen Nachschlag durchzusetzen.

Die völlig falsche Kritik der ver.di-Führung an den Piloten zeigt erneut, dass es dringend notwendig ist, in ver.di eine Opposition aufzubauen. Was dafür die nächsten Schritte sein sollen und unter welchem Namen das passieren soll, will das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ bei seinem nächsten bundesweiten Treffen am 9. Juni in Köln diskutieren.

Nähere Infos: Steffi Nitschke: steffi.ni@gmx.de, Tel. 0561/899764 oder www.freebox.com/netzwerk/



des Abschlusses kann man nicht mehr greifen, weil der damalige NRW-Bezirksleiter Schartau bald nach dem bündnisfreuen Abschluss zum Landesarbeitsminister wegbelohnt wurde. Die IG Metall versucht nun, mit qualitativen Forderungen das Loch des Jahres 2001 zu füllen. Sie verhandelt in NRW und Baden-Württemberg über einen neuen Entgeltrahmentarifvertrag mit gemeinsamen Entgeltbestimmungen für Arbeiter und Angestellte. In Baden-Württemberg ist die Konstruktion weitgehend ausverhandelt. Allerdings bisher ohne die kritische Definition der Entgeltlinie, also die Zuordnung von Geldbeträgen zu den Entgeltgruppen.

Außerdem blockiert der Arbeitgeberverband den Fortgang mit der Forderung nach strikter Kostenneutralität. Jede Verbesserung auf Arbeiterseite könnte dann nur mit Kürzungen auf Angestelltenseite realisiert werden. •

Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit

Verbleib oder Ausstieg?

In den Gewerkschaften, die sich jüngst zur Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft zusammengeschlossen haben, gibt es unterschiedliche Beschlüsse zum Umgang mit dem „Bündnis für Arbeit“. Auf früheren Gewerkschaftstagen von IG Medien und hbv war nämlich bereits der Ausstieg beschlossen worden. Auf der Veranstaltung des Landesbezirk Bayern von ver.di am 22. Mai in München wurde diese Haltung von Sybille Stamm, Landesbezirksleiterin in Baden-Württemberg (ehem. IG Medien) nochmals dargestellt und begründet:

Man könne nicht einfach sagen – so die Kollegin Stamm – das Bündnis habe „nichts gebracht“. Keine positive Wirkung gegen die Erwerbslosigkeit – aber „viel gebracht für die Wettbewerbsfähigkeit“. Alles werde dort einer Standortlogik und einem Wettbewerbskorporatismus praktisch untergeordnet und so die Gewerkschaftsbewegung auch ideo-logisch immer mehr auf diese schiefe Bahn gebracht. Einziger Gewinner des „Bündnisses“ seien die Arbeitgeber – gegen die Gewerkschaften, aber auch gegen die Regierungsparteien. So habe die SPD seinerzeit in Opposition gegen die Kohl-Regierung ein relativ gutes Arbeitszeitgesetz in den Bundestag eingebracht. Nicht mehr jedoch, seit sie die Regierung führt und eine Mehrheit bekommen könnte. Das Thema wurde von Riester im „Bündnis für Arbeit“ eingebracht, die Unternehmer machten deutlich, daß sie keinerlei Zugeständnisse an die Forderungen von SPD und Gewerkschaften machen würden. Nachdem somit keine „Reform im Konsens“ zustande kam, hat die Regierung das Thema nicht nur im Bündnis abgesetzt, sondern auch die SPD es im Bundestag nicht mehr thematisiert. So wird auch der Parlamentarismus ausgehöhlt.

Kollegin Stamm legte auch Wert auf die Feststellung, daß das „Bündnis“ nicht einfach die Fortsetzung der „Konzertierten Aktion“ der 70er Jahre sei: Damals war man noch von einem Interessen-gegensatz von Arbeit und Kapital ausgegangen, den es „auszugleichen“ für den es Kompromisse zu finden gelte, heute werde a priori von einem „gemeinsamen Interesse“ an Standortvorteilen, niedri-gen (Lohnneben-)Kosten etc. ausgegan-gen.

Damals habe der Begriff Mitbestim-mung für die Gewerkschaften noch be-deutet, zumindest langfristig Gegen-macht gegen die Macht des Kapitals auf-

zubauen, heute werde der Begriff zunehmend im Sinne von Co-Management verstanden und praktiziert.

Aus all diesen Gründen halte sie es für richtig und notwendig, daß nunmehr auch ver.di Forderungen an das Bündnis mit konkreter Ausstiegs-Drohung verbinde.

Michael Wendl,stellvertretender Landesbeiratsleiter der ver.di Bayern (ehem. ÖTV) betonte eingangs, daß er in der Diagnose über den Schaden des „Bündnisses“ gegenüber der Gewerkschaftsbewegung völlig mit der Kollegin Stamm übereinstimme. Er hob hervor, daß die Arbeitsplatzbilanz der Schröder-Regierung die schlechteste in der EU sei. Er erinnerte daran, daß mit den vom Bündnis „inspirierten“ niedrigen Tarifabschlüssen die Koordinierung der westeuropäischen Tarifpolitik entgegen der Doerner Initiative der Gewerkschaften unterlaufen wurde. Bezeichne man das „Bündnis für Arbeit“ von der Beschäftigungswirkung in Deutschland als „Flop“, so müsse man in der Wirkung auf andere Länder von einer „Katastrophe“ sprechen!

Dennoch sehe er eine andere Antwort, wie man den Schaden, den das „Bündnis“ bislang anrichte, zurückdrängen und bekämpfen müsse. Er glaube nicht, daß der Ausstieg einer Minderheit der Gewerkschaften etwas bewirken oder ändern würde. Es würde nichts passieren. Es gehe vielmehr darum, den Unmut über die ausgebliebenen „Erfolge“ des Bündnisses für Arbeit zu nutzen, um in der Gewerkschaftsbewegung insgesamt (also nicht nur innerhalb einer oppositionellen linken Minderheit) die politische Diskussion über gemeinsame Ziele und über die makro-ökonomischen sowie die politischen Bedingungen ihrer Umsetzung anzustoßen und zu entwickeln.

Kollege Wendl erläuterte seine Haltung zur Taktik und zum Vorgehen, anhand eines Antrags zum letzten ÖTV und ersten ver.di-Kongreß den er mitinitiiert, formuliert und unterstützt hatte. Darin wird ausdrücklich aus der Negativ-Bilanz nicht gefolgt, daß die Gewerkschaften die Verhandlungen verlassen sollen, sondern eine breite Debatte in und zwischen den Gewerkschaften gefordert, mit welchen eigenen Vorstellungen und Forderungen sich die Gewerkschaften dort präsentieren.

Es wird gefordert:

„1. eine erste materielle Bilanz und politische Bewertung der bisherigen Gesprächsrunden zu erstellen;

2. ... erste Prognose über die Folgen einer EU-Osterweiterung ...

3. Für die nächsten Gesprächsrunden müssen die Gewerkschaften darauf drängen, daß auch auf eine gesamtwirtschaftlich angelegte beschäftigungsorientierte Finanz- und Geldpolitik ge setzt wird, um der bevorstehenden konjunkturellen Abkühlung entgegenwirken zu können. Dafür ist es notwendig, daß die Gewerkschaften sehr viel klarer als bisher die restriktive Haushaltspolitik

der Bundesregierung kritisieren.

Zu einem Bündnis für mehr Beschäftigung gehört auch, daß der Staat seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung gerecht wird. Wenn der Staat sich zunehmend von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge löst, dereguliert und privatisiert, trägt das zu Arbeitslosigkeit bei.

4. ... gezielte und öffentlich geförderte Industrie- und Strukturpolitik in den neuen Bundesländern ...

5. Dazu steht ein reformiertes Arbeitszeitgesetz auf der Tagesordnung. Damit müssen bessere Arbeitsschutzregeln und eine wirksame Begrenzung von Überstunden verbunden sein.“

Kollege Wendl erläuterte, daß er mit der Gründung von ver.di verbesserte Möglichkeiten sieht, die IG Metall positiv zu beeinflussen, und dann auch gegenüber der IG BCE etwas zu erreichen. Nach seiner Einschätzung sind in einer Situation der objektiven Defensive und politischen Schwäche Entscheidungen, die zu einer Polarisierung innerhalb der Gewerkschaften führen müssen, nicht sinnvoll. Es gehe vielmehr darum, einen Weg zu finden, mit dem die verschiedenen Strömungen in den Gewerkschaften auf einen Minimalkonsens von Forderungen, auf die sie sich verständigen, gebracht werden können.

In dieser Frage, der Nützlichkeit oder Schädlichkeit von solchen Polarisierungen in der gegenwärtigen Situation, liegt offenbar die Meinungsverschiedenheit bzgl. des Vorgehens in erster Linie begründet. Denn bei der anschließenden Diskussion argumentierten die Kritiker des Kollegen Wendl und Befürworter des Ausstiegs aus dem „Bündnis“ in erster Linie mit der „Signalwirkung“ eines solchen Schritts.

Welche Wirkungen die beiden schwerpunktmaßigen Vorstellungen zur Vorgehensweise, hier Verstärkung der politischen Diskussion und Minimalkonsensfindung mit allen Strömungen in den Gewerkschaften, dort Fanal in Form eines „Bruchs“ einer entschlossenen Minderheit mit der Regierung und anderen Teilen der Gewerkschaften - jeweils tatsächlich an der Basis haben könnten und würden, verdiente eine ernste, konkret und nicht nur grundsätzlich-moralisch geführte Diskussion, gerade auch unter den KollegInnen, die sich als Gewerkschafts-Linke verstehen.

Das war aber auf der vorliegenden Veranstaltung nicht möglich, da mit ca. 25 KollgInnen die Zahl zu klein und das Spektrum zu eng war.

Kollege Walter Eßbauer, Moderator der Veranstaltung von ver.di Bayern, rief denn auch abschließend zur Fortsetzung der Diskussion auf. Er verwies insbesondere auf die bevorstehende Erarbeitung eines Grundsatzprogrammes, an der sich alle Mitglieder von ver.di Bayern beteiligen können, und kündigte dazu eine Auf taktveranstaltung am 26.07.01 an.

M.B.

Kündigungsschutz für Ältere lockern. – HB, Freitag/Samstag, 25./26.5. 2001. – Arbeitgeberpräsident D. Hundt hat eine Lockerung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer gefordert. Nur so könnten die Chancen für die Einstellung von arbeitslosen Arbeitnehmern über 55 Jahre verbessert werden, sagte er.

BDA fühlt sich von Regierung überrollt. – HB, Donnerstag, 31.5.2001. – Mit dem neuen Sozialgerichtsgesetz will Arbeitsminister Riester die Unternehmen verpflichten, künftig bei Sozialgerichtsverfahren am Streitwert orientierte Gebühren zu zahlen. Bisher sind die Verfahren für Arbeitgeber und Arbeitnehmer kostenfrei. „Der Entwurf wurde uns nicht zur Stellungnahme weitergeleitet, obwohl wir massiv betroffen sind“, so S. Osing von der BDA. Die BDA fühlt sich zum 2. Mal bei wichtigen Gesetzesvorhaben übergegangen: „Zum runden Tisch von Gesundheitsministerin U. Schmidt zur Vorbereitung der nächsten großen Gesundheitsreform wurden wir nach mehrfachem Drängen erst am Abend vor der konstituierenden Sitzung eingeladen. Zur Anhörung über das Gesetz zum Krankenkassenwahlrecht ist unser Vertreter einfach gegangen, obwohl wir keine Einladung hatten ... Immer öfter werden wir vor vollendete Tatsachen gestellt“. Die Bundesregierung stellt in der Begründung zum Entwurf die Gebührenfreiheit im Sozialgerichtsverfahren als Errungenschaft des Sozialstaats heraus. Dies unterstützt die BDA. Dass dieser Grundsatz einseitig für Unternehmen außer Kraft gesetzt werde, stehe aber in klarem Widerspruch zum Versprechen, die Wirtschaft zu entlasten und den Wirtschaftsstandort zu stärken.

Kirchen noch immer „tariffreie Zonen“. – HB, Freitag/Samstag, 1./2. 6. 2001. – Ver.di prüft Arbeitskämpfe bei den Kirchlichen Diensten mit über einer Mio. Beschäftigten. Bislang finden im kirchlichen Sektor keine Tarifverhandlungen statt. Kommissionen handeln auf dem Konsensweg so genannte Arbeitsvertragsrichtlinien für die Bediensteten aus. Diakonie und Caritas sind neben dem Staat die größten Arbeitgeber im Sozialsektor. Besonders die Diakonie wendet sich immer mehr von den BAT-Strukturen ab. Die Kirche will im Ver.di-Bezirk NRW die Gehälter ihrer Beschäftigten im Bereich der ambulanten Pflege um bis zu 700 DM monatlich kürzen. Die alten BAT-Regeln, die Familiengröße und Lebensalter finanziell berücksichtigen, sollen durch flexible, leistungsorientierte Strukturen ersetzt werden.

Presseauswertung: rst

Ein persönlicher Dank an die, denen gestern im Bundestag zu wenig gedankt wurde.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitkämpferinnen und Mitkämpfer, Endlich hat der Bundestag die im Gesetz verlangte „ausreichende Rechtssicherheit“ für deutsche Unternehmen festgestellt und damit den Weg frei gemacht für den Beginn der Auszahlungen an die Überlebenden der NS-Zwangsarbeit. Damit ist ein erstes Etappenziel erreicht.

Es ist mir in diesem Augenblick ein persönliches Bedürfnis, mich bei allen Freundinnen und Freunden, bei allen Mitkämpferinnen und Mitkämpfern zu bedanken, ohne deren langen und beindrucklichen Einsatz wir nie so weit gekommen wären.

Ich nenne hier – stellvertretend für viele – Alfred Hausser und seine MitstreiterInnen in der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime, Kurt Goldstein vom Auschwitz-Komitee, Ulrich Sander und andere in der VVN, Jochen Vogel und den Verein gegen das Vergessen, Lothar Evers, Andreas Plake und die Beratungsstelle für NS-Verfolgte in Köln, Dr. Karl Brozik von der Jewish Claims Conference, Bartosz Jalowiecki von der polnischen Partnerstiftung, Jiri Sitler aus der Tschechischen Republik.

Manche, die mir wichtig waren und

ohne deren mühevollen, langen Kampf wir nie so weit gekommen wären, sind inzwischen verstorben, zum Beispiel Hans Frankenthal, der Auschwitz überlebte, aber wenige Monate vor Inkrafttreten des Entschädigungsgesetzes verstarb. 60.000 Überlebende sind nach Auskunft der Opferorganisationen während des monatelangen Gezerres um die Rechtssicherheit für die Wirtschaft seit Verabschiedung des Entschädigungsgesetzes verstorben. 200 weitere sterben jeden Tag.

Ich bedanke mich auch bei den vielen Initiativen, zum Beispiel dem Bündnis, das die Protestaktionen vor dem Haus der deutschen Wirtschaft in Berlin in den letzten Wochen organisiert hat, bei HistorikerInnen, Antifa-Gruppen, Gewerkschaften und anderen, die geholfen haben, die Erinnerung an die Täter und ihre Opfer wieder zu wecken und wach zu halten.

Ihnen allen möchte ich persönlich danken. Für ihre Hilfe, für ihre kritischen Anregungen, für ihre Anregungen und Forderungen auch an meine parlamentarische Arbeit. Wir haben jetzt gemeinsam ein erstes Ziel erreicht. Die Zahlungen können beginnen.

Vieles bleibt jetzt noch zu tun. Alles Geld, auch die Zinsen der Wirtschaft, gehören den Opfern. Die Antragsfristen für die Opfer müssen verlängert werden, die

Hilfe für sie bei der Nachweisbeschaffung organisiert werden. Wenn sie keine Belege finden, muss geklärt werden, welche anderen Möglichkeiten der Glaubhaftmachung für ihr Leid sie haben.

Schon jetzt haben sich mehr Opfer gemeldet, als bei Verabschiedung des Gesetzes erwartet wurde. Das wirft neue Probleme auf. Für die Überlebenden im sogenannten „Rest der Welt“, also nicht-jüdische Opfer außerhalb Osteuropas, reicht mit großer Wahrscheinlichkeit der zur Verfügung gestellte Betrag nicht aus. Dann muss die Entschädigungssumme erhöht werden.

Trotzdem werden am Ende viele Überlebende vermutlich überhaupt kein Geld erhalten. Weil sie keine Belege finden und auch keine Zeugen mehr da sind. Weil sie nicht deportiert wurden, das Gesetz aber Deportation verlangt, damit überhaupt eine Zahlung erfolgt. Oder weil sie irgendwo in dem bürokratischen Prozeß der Antragstellung, Nachweisbeschaffung usw. nicht mehr weiter kommen.

Ihnen allen schulden wir es, weiter zu kämpfen. Einen Schlussstrich darf es nicht geben. Weder finanziell noch moralisch noch politisch.

PDS-Vertreterin im Kuratorium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Ulla Jelpke, Berlin, 31.5.1

PDS-Programmdiskussion

Das „Werkzeug der Kommune“*

Ein Zurück in der PDS-Programmdiskussion kann es jetzt nicht mehr geben. Durch die verschiedenen Programmentwürfe sind die Programmkommission und die Grundsatzkommission faktisch von der Moderation der Diskussion ausgeschlossen, das ist nicht gut. Jetzt müssen die zahlreichen Programmaussagen und Diskussionsbeiträge gesichtet werden. Das birgt die Chance in sich, falsche Thesen und Mängel zu diskutieren und gemeinsam zu korrigieren. Neue programmatiche Inhalte der PDS sind nötig, die Programmdiskussion braucht aber auch Zeit in der PDS. Die PDS braucht jetzt keine Diskussion, worüber diskutiert werden soll, sondern eine interessante Programmdiskussion.

Beide Programmentwürfe sind zentralistisch

Nach dem Studium der ersten zwei Programmentwürfe (Vorstand I und Wolf u.a. II) fällt auf, dass beide jeweils einen *zentralen Grundgedanken* haben, unter den vieles ein- und untergeordnet wird. Das eint beide, so ironisch es klingt. Im Programmentwurf I ist der Motor der Veränderung der „Informationsarbeiter“ und die Erkenntnis: „Die Würde des Men-

schen ist unantastbar“. Programmentwurf II sieht einen bevorstehenden „Weltuntergang“, und deshalb müsse die Menschheit „einen Ausweg aus der zerstörerischen Entwicklung des Kapitalismus finden“. Von der Herangehensweise nicht unbedingt was Neues in der sozialistischen Programmdiskussion.

Die sozialen Schichten und Milieus sind zerklüftet und so komplex wie nie zuvor. Das muss ein Thema in der Diskussion sein. Die PDS ist nicht einfach eine Arbeiterpartei, aber auch keine Partei der „Informationsarbeiter“ oder „humanistisch eingestellter Mittelschichtler“. Eine sozialistische Partei muss heute zahlreiche soziale und politische Interessen bündeln. Wer meint, diese Interessen einer zentralen Grundthese unterwerfen zu können, macht einen Fehler und erkennt nicht mehr die Vielfältigkeit und Interessensgegensätze, die es in der heutigen Gesellschaft durch eine sozialistische Partei zu vermitteln gilt, was bedeutet, dass verschiedenen Lösungswege zu entwickeln sind.

Es fehlt die „Kommune“

Eine große Schwäche beider Programmentwürfe ist, dass die Entwicklung des

Föderalismus und die Stärkung der Kommune als entscheidendes Mittel gegenüber dem zentralisierten Staats- und Wirtschaftsapparat überhaupt nicht in Betracht kommt. Die Kommune und das Rätesystem waren wichtige Schutzeinstrumente gegenüber der staatlichen Gewalt, sie waren nicht nur Formen der Revolution von 1871 und 1918, sondern auch Mittel zur Herstellung von Interessenausgleich und Bündelung. Sie waren 1871 in Paris ein Instrument für ein Bündnis der großen Masse der Pariser Mittelklassen mit dem Proletariat gegenüber dem Kaisertum. Die „Kommune“ sicherte die persönlichen Freiheitsrechte jedes Einzelnen, wie es Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich“ eindringlich beschreibt. Die Kommune war ein sozialer und politischer Schmelztiegel. Marx schreibt u.a.:

„In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, dass die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sein (sollte)“, und:

„Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfas-

sung, sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab.“*

Jetzt wird jeder einwenden, das sei aber nicht die Kommune von heute. Wohl wahr: Unsere Kommune ist kein revolutionäres, aber ein soziales Instrument. Die Kommune heute in der Bundesrepublik ist aber auch ein Schmelziegel verschiedener politischer Schichten und Milieus. Die Kommune in ihrer heutigen Verfassung ist und bleibt ein entrichtetes politisches und soziales Verwaltungsinstrument. Anders als von den Pariser Kommunarden vorgesehen, ist die Kommune nicht entwickelndes, sondern ausführendes Organ des zentralen Staates.

Die Kommune zahlt die Sozialhilfe aus; ist für die Umsetzung der Grundversorgung mit Kinderkrippen zuständig; ist Träger und Verwalter der vielen maroden Schulbauten; ist für das Bleiberecht der Flüchtlinge zuständig und ist an der Unterbringung der Asylberechtigten beteiligt; die Kommunen sind zumeist Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge beim Trinkwasser und der Abwasserkanalisation; Träger des öffentlichen Nahverkehrs und der Energieversorgung; die Kommune besitzt zahlreiche Grundstücke und kann auch Träger von Wohnungsbauprogrammen sein und vieles mehr.

Jede Bundesregierung nach 1945 zeichnete sich bislang darin aus, immer mehr soziale Probleme in die Kommune abzuschieben. Kanzler Schröder z.B. arbeitet jetzt daran, die Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zu verschmelzen und den Kommunen die Finanzierung aufzukreieren.

Es sollte ein zentrales strategisches Ziel der PDS sein, die Zerschlagung der Kommune zu verhindern.

Die „Kommune“ und Europa

Bei der Herausbildung der EU wird die Kommune in ihren Rechten beschnitten und wird sich auch verändern. Regionale Wirtschaftsräume beginnen miteinander zu konkurrieren, meist zum Nachteil der Menschen.

Der französische Soziologe Prof. Pierre Bourdieu sieht hier aber ein wichtiges Aufgabe sozialistischer Politik. In seinem „Aufruf gegen die Politik der Entpolitisierung“ wünscht er sich ein „Netzwerk“ der sozialen Bewegung in Europa. Er beschreibt eindringlich, dass die vielen örtlichen Initiativen sowohl „partikularistisch und nationalistisch zugleich“ sind, und diese Qualität gelte es weiterzuentwickeln zu einem europäischen Netzwerk. In diesen Prozess sollte sich die PDS als Partei auch einbeziehen und ihren Beitrag dazu leisten, um z.B. vor Ort in den Kommunen mit den Gewerkschaften eine Bündnispolitik nicht nur für soziale Standards in den Betrieben zu entwickeln, sondern auch einen Beitrag in den antirassistischen und sozialen Politik in der Kommune zu entwickeln.

Bourdies Forderung nach einer „Erneuerung der Gewerkschaften“ kann nur von unten entwickelt werden.

Die PDS braucht ein Konzept für eine „sozial gerechte Kommune“

Die Kommunen müssen zu „sozial gerechten Kommunen“ entwickelt und ausgebaut werden. Das könnte ein gemeinsamer Weg und eine gemeinsame Praxisfeld der PDS in Ost und West sein. Die Bundesrepublik braucht eine Formierung von unten gegen den Reichtum von oben und ein Netzwerk von sozialen

Initiativen in Europa.

Dem Niedergang des Sozialismus ging eine starke Zentralisierung der Planwirtschaft voraus. Deshalb sollte die PDS heute daraus eine Leere ziehen und für eine stark dezentralisierte Wirtschaft eintreten, wobei möglichst große ökonomische Eigenständigkeit als Grundlage kommunaler Selbstverwaltung anzustreben ist. Eine solche Politik steht in der Tradition der Pariser Kommune.

Jörg Detjen

*Karl Marx über die Pariser Kommune in „Der Bürgerkrieg in Frankreich“

Broschüre und Ausstellung

Partigiani – Partisaninnen

In Freiburg findet in diesen Tagen (11.6.–28.6.) eine Ausstellung und Veranstaltungsreihe zum Thema italienische Antifaschistinnen im Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung statt. Die Vereine Piazza e.V. und das Archiv für soziale Bewegung haben dazu eine begleitende Broschüre erstellt, aus der wir aus dem Vorwort und drei Artikeln dokumentieren. Die Broschüre ist erhältlich bei Archiv für soziale Bewegung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg.

Vorwort

Bewußte Verstöße gegen das Kriegsrecht, Terror gegen die Zivilbevölkerung, Massaker, Sklavenjagd und die unbarmherzige Vernichtung jeglichen Widerstandes kennzeichnete die Handlungen der deutschen Wehrmacht in Italien. Nachdem Italien 1943 das Bündnis mit Hitlerdeutschland aufgekündigt hatte, hielten die Vertreter des Herrenvolkes jedwede Schandtat gegen den „feigen Verräter“ für gerechtfertigt.

Nun sollte die lange geplante Ausplunderung und Unterwerfung des Landes, zum Nutzen des Reiches, endgültig durchgeführt werden.

Besonders in Deutschland ist dieses Kapitel der „gemeinsamen“ Geschichte erfolgreich verdrängt worden, die Verbrechen blieben ungesühnt, die Täter unbestraft.

Die Ausstellung „Partigiani“, dokumentiert in mehreren Teilen: das Bündnis der italienischen und deutschen Faschisten, der Kriegseintritt Italiens, die Wehrmachtsgreuel und als Schwerpunkt die seit 1943 wachsende Partisanenbewegung.

Die Bilder und Dokumente der Ausstellung zeigen, dass Teile der italienischen Bevölkerung bereit waren, gegen das Terrorregime Widerstand zu leisten.

Das Institut für die Geschichte der Resistenza und für Zeitgeschichte in Modena („L’Istituto Storico della Resistenza e della Guerra di Liberazione per la Pro-



vincia di Reggio Emilia“) hat die Ausstellung „Partigiani“ entwickelt. Es wurde 1950 von einigen Antifaschisten und Partisanen, unter ihnen Alfeo Corassori, dem Bürgermeister von Modena, mit dem Ziel gegründet, Originaldokumente zu verwahren und die Befreiungsbewegung im Kreis Modena zu erforschen. Im Laufe der Jahre, offiziell aber seit 1987, hat sich das Institut zu einem Institut für Zeitgeschichte entwickelt und beschäftigt sich mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Ein wichtiger Teil der Arbeit des Institutes ist die Weiterbildung der Geschichtslehrer und die Erstellung didaktischen Materials. Die kulturellen Aktivitäten reichen von geschichtlichen Forschungen, der Realisierung von Ausstellungen, öffentlichen Debatten, Seminaren und Kongressen bis zu Veröffentlichungen von Büchern zur Geschichte, der Herausgabe der Zeitschrift für Geschichtsforschung „Novecento“ und der wissenschaftlichen Leitung des Mu-

seums der Partisanenrepublik Montefiorino. Das Geschichtsinstitut in Modena ist Teil des landesweiten Netzes der Institute für die Geschichte der Resistenza. Ihm gehören derzeit mehr als 60 Einrichtungen an, sie alle sind im Nationalen Institut für die Geschichte der nationalen Befreiungsbewegung in Italien mit Sitz in Mailand vereint. Dieses Netz von Instituten ist heute das in Italien am besten gegliederte und ausgebauten hinsichtlich des Studiums der Zeitgeschichte (nach den Universitäten), der Sammlung und kontrollierten Konservierung geschichtlicher Dokumentationen (nach den staatlichen Archiven) sowie der Aus- und Weiterbildung von Lehrern.

La Resistenza – der Widerstand in Italien

von Nadja Bennewitz

Am 10. Juni 1940 tritt das faschistische Italien unter Mussolini an der Seite Nazideutschlands in den 2. Weltkrieg ein. Doch die italienische Kriegsmaschinerie ist schlecht ausgerüstet, der Militärhaushalt durch den Kriegseinsatz in Äthiopien erschöpft. Die Angriffe gegen Frankreich, Griechenland und Jugoslawien bleiben nahezu erfolglos. Als Italien 1941 Deutschland bei seinem Angriffskrieg gegen die UdSSR unterstützt, ist die Stimmung in den italienischen Truppen gespalten, der Sinn des Krieges vielen unklar. Auch in der Zivilbevölkerung wächst der Unmut gegen den Krieg angesichts täglicher Entbehrungen, verstärkt durch die einsetzenden Bombardierungen. Anfang 1943 scheint der Krieg bereits verloren. Im März werden in den norditalienischen Fabriken die ersten Streiks organisiert, an denen Hunderttausende teilnehmen. „So etwas hatte man noch nie gesehen! Es war ein deutliches Zeichen, dass die Dinge sich änderten“, berichtet die Lehrerin Ines Barone, die als Staffette im Widerstand tätig wird. Im Mai 1943 kapitulieren die deutsch-italienischen Truppen in Afrika, am 9. Juni landen die Alliierten auf Sizilien, wo sie kaum auf Widerstand stoßen. Von dort setzen sie auf das italienische Festland über.

Die Macht Mussolinis schwindet. Am 25. Juli stellt sich der Faschistische Großrat gegen ihn. Die Monarchie sieht Handlungsbedarf und setzt Mussolini ab und gefangen. Die Bevölkerung feiert und demonstriert für den Frieden. Die Symbole des Faschismus werden zerstört: Die Absetzung Mussolinis ist für die meisten gleichbedeutend mit dem Ende von Faschismus und Krieg. Die bisher im Untergrund arbeitenden antifaschistischen Parteien, in erster Linie die Kommunisten, formieren sich neu.

Die Resistenza, der Widerstand in Italien, beginnt am 8. September 1943. An diesem Tag wird das Waffenstillstands-

abkommen mit den Alliierten bekannt. Für die italienischen Streitkräfte entsteht dadurch eine unklare Situation. Militärische Befehle bleiben aus, was viele Soldaten als Aufforderung auffassen, nach Hause zu gehen. Die Situation eskaliert: Innerhalb weniger Tage besetzt Nazideutschland Italien. Flüchtende Soldaten werden von deutschen Truppen gefangen genommen und in Internierungslager nach Deutschland verschleppt. Insgesamt sind es 730.000 italienische Soldaten, von denen über 16.000 in den Lagern sterben werden. Um die Soldaten vor der Deportation zu schützen, beginnt nun die „größte Verkleidungsaktion der italienischen Geschichte“. Es sind die Frauen, die auf den Plan treten. Sie beschaffen den Soldaten zivile Kleidung und verstecken ihre Waffen für den bevorstehenden Kampf. Tausende werden auf diese Weise verkleidet, versteckt, versorgt und auf den Weg nach Hause gebracht. In der Forschung wird dieses Vorgehen als „Massen-Maternage“ bezeichnet, als eine spezifisch weibliche Form der Resistenza, bei der den Frauen erst aufgrund dieser Zuschreibung zugeschrieben wird, stärker als Männer zu sein.

Um der Deportation nach Deutschland zu entgehen, ziehen sich viele Männer in die Gebirgsregionen der Emilia Romagna, des Piemont und Liguriens zurück. Sie bilden die ersten Partisanenbanden als Reaktion auf den Versuch Deutschlands, das Land für seine Kriegsführung auszunutzen. Meist sind es Ortskundige, die von ihren Verstecken in den Bergen aus die Bewegungen der deutschen Truppen beobachten und dadurch einen Guerillakrieg führen können, bei dem sie auf Überraschungssangriffe setzen. Dazu stoßen ebenfalls militärisch ausgebildete entflohe anglo-amerikanische, sowjetische und jugoslawische Kriegsgefangene, nachdem sie zuvor meist von Frauen der Gegend aufgenommen, versteckt und in die Widerstandsbewegung eingeführt worden waren. Auch Deserteure der Wehrmacht schließen sich den Partisanen an.

Die politische Situation hatte sich verschlechtert, seit es deutschen Fallschirmjägern ge-

lungen war, Mussolini aus dem Gefängnis zu befreien. Die von Deutschland abhängige faschistische „Republik von Salo“ wird im September 1943 gegründet; Mussolini bildet deren „Marionettenregierung“. Im Frühjahr 1944 mobilisiert die faschistische Regierung abermals für den Krieg. Um sich dem Kriegsdienst zu entziehen, schließen sich viele Männer der Resistenza an. Dies ist der Unterschied zwischen Frauen und Männern im Widerstand, den Carla Badioli, die Dokumente für die Partisanenbewegung fälscht, gegenüber ihrem Mann sagen lässt: „Ich mache das alles, weil ich es mir ausgesucht habe. Du hattest keine Wahl, ich ja.“ Die größte Bedeutung für die politische und militärische Führung der Resistenza haben diejenigen Frauen und Männer, die sich der Widerstandsbewegung aus antifaschistischer Überzeugung heraus anschließen. Dieser Teil der italienischen Resistenza wird später die Grundlage für die Identität der Nachkriegsgesellschaft bilden und verdeutlichen, dass die Resistenza drei Aspekte und Zielsetzungen vereinigte: den nationalen Befreiungskampf, den Bürgerkrieg gegen Faschismus und den Klassenkampf. Durch diese Widerständigen wird die Schaffung ideologisch-politisch gefestigter Partisanengruppen möglich. Zwar ist es Frauen nicht wie Männern ohne weiteres möglich, sich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen – zwanzig Jahre Faschismus prägen das Frauenbild



auch der progressivsten linken Kräfte -, dennoch kämpfen auch unter ihnen einige mit der Waffe, leben mit in den Formationen und übernehmen dort politische Aufgaben.

Doch unter Resistenza ist nicht nur bewaffneter Widerstand zu verstehen, sondern grundsätzlich eine Resistenza civile, der zivile Widerstand, als Antwort auf die Ausbeutung menschlicher und materieller Ressourcen durch den Nationalsozialismus. Unabhängig von Parteien oder Organisationen sind es meist Frauen, die Verfolgte schützen, Einrichtungen und soziale Zusammenhänge frei von faschistischen Einflüssen halten, den ökonomisch-politischen Kampf gegen die Besatzer führen. Ihre Mittel sind Mut, Verstellung und Täuschung, die Fähigkeit, Beziehungen zum Schaden des Feindes zu manipulieren. Anhand der Staffettendienste der Frauen, die die Kontakte zwischen den Formationen und zu den Parteien halten und gleichzeitig ihr „normales“ Leben weiterführen, wird diese Fähigkeit deutlich: Der Transport illegaler Zeitschriften zur Schulung der PartisanInnen wird als schwangerer Bauch getarnt, Waffen werden im doppelten Boden der Tasche geschmuggelt. Gekleidet sind die Frauen fast mädchenhaft – so entgehen sie den Deutschen und leiten lebenswichtige Informationen und Materialien weiter.

Nach dem Waffenstillstand am 8. September 1943 und der Auflösung der Streitkräfte gründen die antifaschistischen Parteien das Nationale Befreiungskomitee, den CLN, der ein breites Bündnis umfasst: Kommunisten, Sozialisten, Liberale, Republikaner und Katholiken. Drei Männer bilden die Führungsspitze des „Freiwilligenkorps für die Freiheit“, des militärischen Arms des CLN, dem die bewaffneten Partisaneneinheiten zugeordnet sind. Die Garibaldini stellen etwa die Hälfte der bewaffneten WiderstandskämpferInnen und werden von der kommunistischen Partei organisiert. Politische KommissarInnen schulen die Partisanen, diskutieren Gründe für den Befreiungskampf und wie ein befreites Italien aussehen könnte. Die Formationen „Gerechtigkeit und Freiheit“ stehen der liberalen Aktionspartei nahe. Die Autonomen Gruppen nähern sich schließlich den Liberalen an. Quantitativ unerheblicher sind die sozialistischen Brigate Matteotti und die Brigate Mazzini der Republikaner. Die anarchistischen und einige marxistische Einheiten unterstellen sich nicht der Autorität des CLN. Die Kontakte innerhalb des Oberkommandos und zwischen den Partisanengruppen sind wegen unterschiedlichen politischen Ansichten und militärischen Vorgehensweisen nicht immer spannungsfrei. Sabotageakte wichtiger Versorgungsstrukturen der Deutschen, Angriffe auf Polizeistationen zur Beschaffung von Waffen und mit den Alliierten koordinierte Angriffe gehören zum Kampf der Partigiani. Vergeltungs-

maßnahmen deutscher Truppen und italienischer Faschisten, Geiselnahmen, Erschießungen von ZivilistInnen und mangelnde Ausrüstung erschweren den Widerstand in den Bergen.

Frauen gehören nicht den Führungspositionen des CLN an, obgleich sie wichtige Verbindungsfunctionen einnehmen. Sie gründen im November 1943 die Gddd, die Frauenbefreiungsgruppen, die eigene Zeitschriften herausgeben, in den Fabriken für den antifaschistischen Kampf agitieren, gleichen Lohn wie für Männer fordern, Material und Kleidung für die kämpfenden Truppen produzieren, Geld von Fabrikbesitzern besorgen. In der Forschung wird heute von 150.000 bewaffneten Partigiani ausgegangen. Der Partisanenkampf benötigt die Unterstützung der Zivilbevölkerung. Es ist von 14 Unterstützenden pro Kämpfenden auszugehen.

Ab Frühjahr 1944 gelingt einigen Partisanenformationen die Schaffung befreier selbstverwalteter Republiken, so u.a. in Montefiorino/Emilia oder im Ossola-Tal/Piemont. Hier werden kleine „Parlamente“ eingerichtet, in denen männliche Dorfräte die politische Verantwortung übernehmen.

Neben dem Widerstand in den Bergregionen agieren die GAP, die Patriotischen Aktionsgruppen in den Großstädten, organisiert von der Kommunistischen Partei. Diese Frauen und Männer arbeiten vollständig im Untergrund, übernehmen Sabotageakte, Anschläge und erschießen Faschisten.

Im Frühjahr 1945 befreien PartisanInnen und EinwohnerInnen zahlreiche Städte. Am 25. April übernimmt das CLN in den befreiten Gebieten die Macht. Benito Mussolini und seine Geliebte Claretta Petacci werden drei Tage später hingerichtet. Die Deutschen müssen bedingungslos in Italien kapitulieren. Die Partisanenformationen ziehen als Sieger durch die Straßen. Die PartisanInnen dürfen nicht mitlaufen oder müssen die Binde der Krankenschwester tragen ... A. Bravo & A.M. Bruzzone: *In guerra senza armi, Roma 1995* L. Klinkhammer: *Zwischen Bündnis und Besatzung, Tübingen 1993* C. Pavone: *Una guerra civile, Torino 1991*

Absage an das faschistische Modell – Frauen in der Resistenza

von Liana Novelli-Glaab

Bis vor kurzem hat man nur von einem „Beitrag“ der italienischen Frauen zum Widerstandskampf gesprochen. Die historische Frauenforschung geht heute davon aus, dass ohne die aktive Teilnahme der Frauen der Widerstand in Italien nicht möglich gewesen wäre.

Die offizielle Zahl der Partisanen bezieht sich auf die Kämpfenden unter ihnen, und darunter sind die Frauen in der Minderheit. Dabei wird aber übersehen, dass die gesamte Versorgung der Kämp-

fenden in ihrer Verantwortung lag. Für die Versorgung einer Armee – vor allem einer Untergrundarmee – ist eine sehr hohe Zahl von Helferinnen und Helfern nötig, die die der Kämpfenden weit übersteigt. Sie ist auf 14 Personen pro Kämpfenden beziffert worden.

Dieses Argument ist heute sehr wichtig, weil man mit einer offiziellen Zahl von etwa 350.000 Partisanen der Widerstandsbewegung ihre Verankerung im Volk absprechen möchte. Gerade die sehr starke Beteiligung von Frauen belegt aber das Gegenteil.

Frauen hatten vielfältige Aufgaben: Sie verlangten einen hohen Grad an Flexibilität, Risikogespür und die Fähigkeit, eigenständig zu handeln, was keineswegs einem untergeordneten Rang entspricht. Dagegen war das Bewusstsein der PartisanInnen in Bezug auf das, was sie taten, sehr bescheiden, und sie empfanden es als eine bloße Erweiterung ihrer Fürsorgepflicht. Obwohl sie unter erheblichen Risiken arbeiteten, werteten sie ihre Aktion als „nichts Besonderes“, gerade weil viele ihrer Aktivitäten zur üblichen Tätigkeit von Frauen gehörten.

Welche Motive brachten Frauen dazu, sich im Widerstand zu engagieren?

Was ihnen nachgesagt wurde – familiäre Erziehung, Liebe zu einem Partisanen (Vater, Sohn, Bruder, Verlobten), Mütterlichkeit – stimmen oft nicht mit der Realität überein oder müssen in Beziehung zu den Motiven der Männer überprüft werden: Auch Männer wurden in oppositionellen Familien großgezogen, aber niemand hat ihnen dies als Zeichen unzureichenden Bewusstseins ihres Tuns angelastet.

Solche Erklärungen für das Engagement von Frauen in der Resistenza sind insofern interessant, als sie dem Wunsch entspringen, Frauen nicht als Subjekte der Geschichte, sondern als Personen zu sehen, die nach immer gleichen Mustern agieren – Mütterlichkeit, Fürsorge, Verantwortung für das Wohl der Familie, in diesem Fall der erweiterten Familie der Partisanen. Dass diese Sicht einem psychologischen Bedürfnis entspricht – mindestens das Verhalten der Frauen soll stabil sein, damit man darauf bauen kann –, erklärt, warum die Figur der Partisanin in der Nachkriegszeit so dargestellt wurde. Diese Rezeption ist besonders in der Literatur zu finden.

Aus den Aussagen der Frauen entsteht ein differenzierteres Bild der PartisanInnen. Sehr oft kommen sie aus angestautem Ärger über die Ungerechtigkeit des Regimes zum Widerstand. Vor allem soziale Unterschiede werden schon von kleinen Mädchen als schmerhaft empfunden und nicht mehr vergessen. Aber auch die patriarchalen Gesetze des Faschismus, der Ausschluss der Frauen aus jeglicher politischer Verantwortung und ihre Unterordnung dem Mann gegenüber im Zivil- und Strafrecht sind Grund genug für ihre oppositionelle Haltung, die

schon in den Vorkriegsjahren in Erscheinung tritt. Auffallend ist zum Beispiel, dass ein Geburtenrückgang trotz Propaganda des Regimes verstärkt zu bemerken ist. Ausgerechnet die Frauen, die vom Land in die Stadt ziehen, was die Regierung mit verschiedenen autoritären Maßnahmen zu verhindern sucht, beschleunigen diese Entwicklung. Sollte nicht die bäuerliche, kinderreiche „mamma“ als typisch italienisches Frauenbild wieder hergestellt werden?

Viele Frauen erteilten dem faschistischen Modell eine Absage, und die Teilnahme an der Resistenza ist ihre konsequente und logische Folgerung. Gegnerinnen des Regimes sind in jeder sozialen Schicht zu finden, sie stellen einen Querschnitt durch die gesamte italienische Bevölkerung dar. Alle Berufsstände sind vertreten, und den größten Anteil machen die Hausfrauen aus. Das ist wiederum eine Bestätigung des Volkscharakters der Resistenza.

Es ist behauptet und beklagt worden, dass das Engagement der Frauen nur vom 8. September 1943 bis zum Kriegsende gedauert hat, dass sie dann von der öffentlichen Bühne verschwunden und wieder ins Private zurückgekehrt sind. Das stimmt nur zum Teil. Aus den Gruppi di difesa della donna (Frauenverteidigungsgruppen) entsteht zum Beispiel die Unione Donne Italiane (Union der italienischen Frauen), die versucht, das Selbstverständnis und das Leben der Italienerinnen zu modernisieren und zu verändern. In die zwei großen Volksparteien – die Democrazia Cristiana und die Kommunistische Partei treten ehemalige Partisaninnen ein und bilden weibliche Sektionen. Aber die meisten Frauen kehren tatsächlich nach Hause zurück.

Giuliana Gadola Beltrami, Präsidentin des Italienischen Partisanenverbandes ANPI, sagte Ende der 70 Jahre: „Die Familie ... hat sie (die Frauen) wie ein Riesenpolyp gefressen. Und niemand hat es bemerkt.“ Wie konnte das geschehen? Die Historikerin Franca Pieroni Bortolotti sieht die Wurzeln der allgemeinen Nichtbeachtung dieses Phänomens in der Frauenfeindlichkeit der patriarchalen Gesellschaft, deren Spuren auch in der Resistenza vorhanden waren. Man denke nur, dass in den meisten Partisanenrepubliken die Frauen kein Wahlrecht bekommen. Anna Bravo erzählt, dass die Näherrinnen, die die Bekleidung der Garibaldi-Brigaden schneiderten, nach rigiden Anweisungen getrennt von Männern leben sollten und sich einmal in der Woche einer ärztlichen Untersuchung unterziehen mussten – aus der Befürchtung, dass die Partisanen aus moralischen Gründen in Verruf kommen könnten. Das Misstrauen gegenüber den Frauen war nicht nur in der Angst begründet, die Bevölkerung würde sie als sexuell leichtfertig abstempeln. Das geschah ohnehin und deswegen wurden viele Partisaninnen von ihren Kampfgegnern daran gehindert, bei Umzügen

zur Feier der Befreiung mitzugehen.

Wie so oft in der Geschichte sind die Frauen gern gesehen bei spontanen Aufständen: Wenn sie in den ersten Reihen – am besten mit ihren Kindern auf dem Arm – für Brot oder Freiheit demonstrieren, zählt man auf sie und hofft, dass ihrerwegen der Schießbefehl unterbleibt – was nicht immer der Fall ist. Nach Ende



8.-9. Sept. 1943, Mailand. Diese Frauen aus Mailand sind damit beschäftigt, die Waffen einzusammeln, die flüchtende Soldaten am 8. September zurückgelassen haben. Diese Gruppen sind die ersten antifaschistischen Zellen, die mit politischem Bewußtsein und Voraussicht Waffen sammeln, weil sie wissen, dass ein neuer Krieg bevorsteht. Diese Gewehre bilden die erste notdürftige Ausrüstung der Guerillagruppen. Des Weiteren ist es kein Zufall, dass auf der Abbildung Frauen zu sehen sind: von diesem Moment an haben die Frauen, im Gegensatz zu früher, eine wesentlich aktiveren Rolle.

der Revolte stört gerade diese urwüchsige Muttergestalt, deren Kraft und Leidenschaft die politische Eignung der Frauen in Frage stellt.

Anna Bravo hat das mütterliche Verhalten der Partisaninnen zu Recht unterstrichen. Es soll nicht vergessen werden, dass der Partisanenkrieg nach dem Waffenstillstand vom 8. September mit der größten Verkleidungsaktion anfängt, die in der italienischen Geschichte bekannt ist. Die Soldaten aus der zusammengebrochenen italienischen Armee brauchten neue Kleidung, um nicht als Feinde nach Deutschland deportiert zu werden.

Damals schneiderten Frauen in kürzester Zeit Hosen und Jacken aus alten Decken und Hemden. Die Soldaten bekamen am Bahnhof Adressen, wo sie ihre Uniformen gegen zivile Kleidung umtauschen konnten. Ihre Schuhe wurden gefärbt und später anderen gegeben. Jede italienische Frau, die im besetzten Teil des Landes gelebt hat, erinnert sich an diese Aktion.

Eine offizielle Anerkennung für diese Leistung gibt es nicht: Sie wird in keinem Schulbuch erwähnt. Nur die von der provisorischen Regierung verabschiedete Erweiterung des Wahlrechts für Frauen erinnert an ihre Verdienste im Krieg. Es ist ein Dekret von Februar 1945, das fast unbemerkt bleibt. Nur ein Zeitungstitel äußert die Befürchtung: „Werden jetzt die Frauen gebieten?“ (Daraus spricht die alte Befürchtung, wenn die Frau nicht mehr gehorchen muss, wird sie befehlen wollen ...) Aber keine Debatte über eine neue Rolle der Frau in der Politik entsteht. Gleichgültigkeit ist die allgemeine Reaktion.

Es sieht so aus, als ob sich viele Frauen, die sich in der Hoffnung auf radikale Änderungen mobilisieren, hinterher freiwillig zurückziehen, weil die politische Verwaltung des Alltags sie nicht interessiert. Mehrere Faktoren treffen zusammen und geben ein sehr differenziertes Bild. Zum einen ist den Männern die Rückkehr der Frauen ins Private höchst willkommen, zum anderen sind es die Frauen selbst, die es aus Desinteresse oder Angst tun, als ehemalige Partisaninnen gesellschaftlich ausgegrenzt zu werden. Schließlich spielen regionale Unterschiede eine Rolle. In der Emilia-Romagna begünstigt das bereits bestehende politische Klima Institutionen, die den Frauen eine Kontinuität ihrer im Krieg begonnenen Politisierung erlauben. Im Piemont z.B. geschieht dies nicht, weil die individuellen Motivationen der einzelnen Partisaninnen nicht in politischen Gruppierungen kanalierbar sind.

So verschwinden viele Frauen ins Namelose, die, im Gegensatz zu den von der Faschistischen Republik einberufenen Männern, gar nicht gezwungen waren, sich für die Republik oder für den Untergrundkampf zu entscheiden. Ihre Wahl ist tatsächlich freiwillig.

Wenn Ernesto Galli della Loggia die



Nach der Befreiung auf dem Rathausplatz in Reggio Emilia

Zeit vom 8.9.1943 bis zum 25.4.1945 als „guerra femminile“ (weiblichen Krieg) bezeichnet, stützt er sich auf die Tatsache, dass sich im besetzten Italien nur die Frauen frei bewegen konnten, die Männer zwischen 18 und 65 Jahren – wegen des Deportationsrisikos – nicht.

Wie hätte man also ohne Frauen einen Kampf führen können? Wer hätte Unterkunft und Verpflegung besorgt, Waffen geliefert, Befehle gebracht, Verletzte versorgt, Untergrundpropaganda geschrieben, getippt und verteilt, um nur einige der Aufgaben zu nennen?

Dass man heute solche Überlegungen anstellt, ist nicht zuletzt das Verdienst von Frauen. Es waren diejenigen, die den Krieg und den Partisanenkampf selbst miterlebt hatten und die Erinnerung der Teilnehmerinnen zu Papier brachten – Bianca Guidetti Serra, Anna Maria Bruzzone, Rachele Farina, Franca Pieroni Bortolotti und Nuto Revelli (unter den Männern) sind die bekanntesten von ihnen.

Wenn auch ihre Bücher die historische männliche Perspektive in Frage stellten, beeinflussten sie kaum die allgemeine Geschichtsschreibung und blieben innerhalb der Grenzen der Frauenforschung. Erst seitdem die neue englische und amerikanische Historiographie männliche und weibliche Rollen im Krieg und ihre Rezeption als zentrales Thema betrachtet, ist eine neue Sicht möglich. Der Krieg wird nicht mehr nur unter ideologischen, politischen und militärischen Aspekten betrachtet, wobei nicht bewaffnete Personen wie Frauen, Kinder, Gefangene und Deportierte nur neben-sächliche Akteure sind.

Heute kann die zivile Resistenza der Frauen als neue Kategorie in der Geschichte ihren gebührenden Platz einnehmen.

Literaturtipps: F.P. Bortolotti: *Le Donne della Resistenza Antifascista*, Milano 1978; A.M. Bruzzone/R. Farina: *La Resistenza Taciuta*, Milano 1976

Deutsche Kriegsverbrechen gegenüber Italienern

von Gerhard Schreiber

Als im Herbst 1962 der italienische Spielfilm „Die vier Tage von Neapel“ in den Kinos anlief, rief das in der Bundesrepublik nicht nur bei bestimmten Journalisten, sondern auch bei Mitgliedern der Regierung in Bonn, Unmut hervor. Weshalb kam es zu einer so gereizten Reaktion?

Vermutlich erklärt sich die tief gehende – zugleich Arroganz verratende – Missstimmung mit der Verletzung eines Tabus, das besagte, dass die Wehrmacht, wenn überhaupt, nur im Osten eine verbrecherische Kriegsführung praktizierte. Diese angenehme gesellschaftliche Konvention stellte jener meisterhafte Antikriegsfilmer über den erfolgreichen Volksaufstand der Neapolitaner gegen die nationalsozialistische Besatzungsherrschaft in Frage.

Seine Bilder und Texte konfrontierten mit einer historischen Wahrheit, die man hierzulande im öffentlichen Bewusstsein perfekt verdrängt hatte.

Bezeichnenderweise erschienen wissenschaftliche Arbeiten über italienische Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und aus politischen sowie rassistischen Gründen deportierte Italiener erst Mitte der achtziger Jahre. Auf Untersuchungen deutscher Autoren über in Italien verübte Kriegsverbrechen musste man sogar noch zehn Jahre länger warten. Hingegen widmete die bundesrepublikanische zeitgeschichtliche Forschung den genannten Themenkreisen – bezogen auf andere europäische Nationen – schon verhältnismäßig früh die gebührende Aufmerksamkeit.

Was da gewollt oder ungewollt in Vergessenheit geriet und in aller Regel strafrechtlich ungeahndet blieb, ist keine Bagatelle. Handelt es sich doch zum Teil um staatlich legitimierte rechtswidrige Tötungshandlungen, also im Auftrag des NS-Regimes und seiner entsprechend autorisierten Funktionsträger begange-

nerrechtswidrigen Umgang mit den italienischen Militärangehörigen beim Kriegsaustritt des Landes sowie auf die menschenverachtende Behandlung der Zivilbevölkerung im Rahmen der deutschen Besatzungspolitik: Wie wurde all das möglich?

Es geht dabei historisch und juristisch betrachtet um den verbrecherischen Charakter des Krieges in Italien. Dieser manifestierte sich in Mord, Ausrottung, Versklavung, Zwangsverschleppung, Freiheitsberaubung, Folterung, Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen, Misshandlung von Kriegsgefangenen sowie Zivilpersonen und in der Tötung von Geiseln.

Zu berücksichtigen sind hierbei zum einen die internationale und zum anderen die nationale Rechtslage sowie insbesondere die Befehlsgebung, welche die Täter zur Rechtfertigung ihres Verhaltens in Anspruch nehmen konnten und nahmen. Zugleich ist die Frage nach den Möglichkeiten zu thematisieren, die es dem einzelnen Militärangehörigen erlaubten, verbrecherische Befehle zu ver-

**August
1944 Apen-
nin zwi-
schen Tos-
kana und
Emilia.
Nachdem
deutsche
Soldaten ein
Landhaus
angezündet
haben, ste-
hen sie das
Vieh**



ne oder von ihnen geduldete Kriegsverbrechen. In Rede stehen der Tod von 46.000 sogenannten Militärinternierten, die Ermordung von fast 6.800 Soldaten, die verbrecherische Tötung von rund 16.800 zivilen Staatsbürgern, darunter 7.600 italienische Juden, und der Verbleib von 37.000 politischen Gefangenen. Anders gewendet, zwischen dem 8. September 1943, als der „Achsenpartner“ aus dem Krieg ausschied, und dem 2. Mai 1945, als die Kapitulation der deutschen Wehrmacht samt SS und Polizei in Italien in Kraft trat, starben – ohne Berücksichtigung der gefallenen Partisanen und regulären Soldaten sowie der durch Kriegseinwirkungen getöteten Staatsbürger – täglich über 160 italienische Kinder, Frauen und Männer jeden Alters durch deutsche Hand, sei es auf direkte, sei es auf indirekte Weise.

Ein solcher Befund, der die von einzelnen Soldaten unter Verletzung des Militärstrafrechts verübten Kriegsverbrechen bewusst ausklammert, verlangt Antworten. Und wie so oft lautet die entscheidende Frage bezogen auf den völ-

weigern.

Im Hinblick auf das WIE WAR ALL DAS MÖGLICH zeigt sich bei einem solchen Untersuchungshorizont, dass im Zusammenhang mit der Täterforschung eine Vielzahl historischer, situativer, juristischer, ideologischer und anthropologischer Faktoren zu bedenken und zu prüfen sind. In der Gesamtschau imponeierte ein deutscherseits zu verzeichnender alltäglicher antiitalienischer Rassismus, der wie jeder Rassismus eine Absehung an die Idee gleicher Grundrechte aller Menschen ausdrückte und jegliche zwischenmenschliche Solidarität erstickte, gemeinsam mit einem blinden Gehorsam, auf den die Täter rekrutierten, um sich ihrer ethisch-moralischen Verantwortung zu entheben. Diese Faktoren bieten die überzeugendste Erklärung für die Ursachen der an Italienern verübten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

G. Schreiber: Deutsche Kriegsverbrechen in Italien. Täter – Opfer – Strafverfolgung, München 1996

12. Juni 2001, Freiburg: Regierungsgipfel in Freiburg und die Aktion: „Knack den Gipfel“. Am 12. Juni findet in Freiburg ein Deutsch-frz. Regierungsgipfel mit Schröder, Chirac & Co. statt. <http://knack-den-gipfel.de/>

13./14. Juni, Frankfurt: Evangelischer Kirchentag

14.-16. Juni, Göteborg: EU-Gipfel in Schweden

16. Juni, Berlin: Europäisches Friedensforum. Näheres siehe auf S. 11

20. Juni, bundesweit:

Online-Demonstration gegen Deportation Business



Während der Lufthansa Hauptversammlung soll das Internetportal des Konzerns blockiert werden. Weitere Informationen unter <http://go.to/online-demo> oder <http://stop-depclass.scene.as>. Dort wird auch eine Online Protest Software zum download bereitgestellt, die vor der Online Demonstration herunterzuladen ist.

22./23. Juni, Dortmund: Arbeiten in der New Economy - Der Wandel der Arbeitswelt im 21. Jahrhundert. Eine Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Kooperationsstelle Wissenschaft - Arbeitswelt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund. Anmeldung bei der HBS NRW, Tel. (02 31) 9 14 40 40 oder Markus.Kurth@boell-nrw.de

22.-24. Juni, Dortmund: UZ-Pressefest - Volxfest der DKP. Zum wiederholten Mal findet das UZ-Pressefest im Revierpark Wischlingen in Dortmund statt. Neben verschiedenen Diskussionsrunden zu den unterschiedlichsten Themen, ist auch für ein breites Kulturprogramm gesorgt. Ebenfalls werden verschiedene Organisationen und Initiativen, ihre Arbeit auf dem Pressefest vorstellen. Ihr Kommen zugesagt haben u. a.: Dietrich Kittner, Franz Josef Degenhardt, die Band „Brings“, Esther & Edna Bejarano, Erich Schaffner, Kai Degenhardt, Steve Baker, Sonja Gottlieb, Rolly Brings, Jane Zahn, Attila the Stockbroker, Steeldrummers Dortmund, Sabine Kebir, Werner Eberlein, Manfred Wekwerth, Bernhard Bayerlein, Peter Maiwald, Ellen Brombacher, Devrim Kaya, Doris Gercke uvm.

23. Juni, Bochum: Konferenz von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen: Konzepte zur Legalisierung von Menschen ohne Aufenthaltsstitel. Näheres siehe auf S. 11

23./24. Juni, Berlin: Internationaler Kuba-Solidaritätskongress. Kubanisch-Europäische Perspektiven. Kongresshalle am Alexanderplatz. Kubanisch-Europäische Perspektiven. Veranstalter: Netzwerk Cuba, PDS (Partei und BT-fraktion), GUE/NGL im Europaparlament, Cuba si, junge Welt.

23.-24. Juni, Münster: 15. Ordentl. Bundesversammlung der Grünen / Bündnis 90, Halle Münsterland

25.-27. Juni, Barcelona: Protest gegen das Treffen der Weltbank in Barcelona. <http://www.pangea.org/mrg/>, <http://barcelona.indymedia.org>

16.-27. Juli, Bonn: Weltklimakonferenz

20.-22.7., Genua: G7/G8-Gipfel und Gegenaktionen. Mehr dazu: Mehr: <http://www.attac-netzwerk.de> - <http://www.genoa-g8.org/>, <http://italia.indymedia.org>

2. bis 5. August: Linke Sommerschule in Sondershausen. Die Themen werden in der nächsten Ausgabe veröffentlicht.

9. September: Kommunalwahlen in Niedersachsen

14./15. September, Frankfurt: Antifaschistischer Widerstand und gewerkschaftlicher Kampf. Gewerkschaftshaus Frankfurt a.M., Historisch-politische Tagung aus Anlass des 90. Geburtstages von Willy Schmidt, ehem. Jugendfunktionär in Duisburg, Organisator der illegalen Arbeit an Rhein und Rhur, führendes Widerstandsmitglied im KZ Buchenwald, Metaller und Zeitzeuge, u.a. mit: Jürgen Hinzer, Dieter Hooge, Reinhard Kühnl, Günter Judick, Ulrich Schneider, Peter Scherer. Anmeldung erwünscht (bis 10.9.): Horst Gobrecht, Jahnstr. 8, 65185 Wiesbaden, Fax: 0611/40 97 19

22. September, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 19, 20 und 21: Internationaler Handel und Währung, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

23. September: Bürgerschaftswahlen in Hamburg

28.-30. September, Bremen: 17. FIff-Jahrestagung „2001 - Odyssee im Cyberspace? Wege und Irrwege der Informationstechnik“. Weitere Infos unter (als pdf-file) <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001/call.pdf>, Organisationsgruppe in Bremen: FIff-Jahrestagung 2001, z.Hd. Ralf E. Streibl, Universität Bremen, FB 3 - Informatik, Postfach 330 440, D-28334 Bremen, Tel.: 0421/2010174, e-mail: fiff2001@informatik.uni-bremen.de, <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001> Kontakt: Forum InformatikerInnen für Frieden (FIFF), Frau Hülsmann, Medemstade 64, 21775 Ihlienworth, Tel.: 04755/911154, Fax: 04755/911026 E-Mail: fiff@fiff.de . Internet: <http://www.fiff.de>

13./14. Oktober, Erkner (bei Berlin): 3. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS

16.-18. November, Bad Segeberg: Fluchtweg Ostsee. Konferenz des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein anlässlich seines 10.jährigen Bestehens, gemeinsam mit anderen Gruppen und Organisationen in Schleswig-Holstein. Informationen bei: www.baltic-refugee.net

Neuerscheinung:

Gaby Weber: Die Verschwundenen von Mercedes Benz
ISBN 3-922611-92-3, 128 Seiten, 19,80 DM
© Berlin · Hamburg · Göttingen 2001: Assoziation A

1977 „verschwanden“ die meisten Mitglieder des unabhängigen Betriebsrates des Mercedes-Werkes in González Catán (Buenos Aires), d.h., die aktiven Gewerkschafter wurden von den Repressionskräften der Militärdiktatur entführt und ermordet. Nur einige wenige, bei deren Verschleppung Zeugen zugegen waren, überlebten. Die Ermittlungen gegen chilenische und argentinische Militärs in Europa und der Umstand, dass dabei nie gefragt wurde, wer von den Menschenrechtsverletzungen profitiert hat, bewogen die Journalistin Gaby Weber, das „Verschwinden“ der Mercedes-Betriebsräte zu untersuchen. Sie recherchierte, wie die Gewerkschafter ins Visier der Todeskommandos des Militärs gerieten und wer aus dem Unternehmen dafür Verantwortung trug.

Auf der Grundlage ihrer Recherchen hat der Republikanische Anwälte- und

Anwältinnenverein im September 1999 Strafanzeige gegen DaimlerChrysler wegen Beihilfe zum Mord in mindestens 13 Fällen erstattet. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg hat die Ermittlungen übernommen. In dem Buch lässt Gaby Weber die Leserinnen an ihren Recherchen teilhaben, sie beschreibt, wie sie vorging und wie es ihr schließlich gelang, vieles von dem ans Licht zu holen, über dem mehr als 20 Jahre ein Mantel des Schweigens lag: die Komplizenchaft eines Unternehmens mit den uniformierten Mördern bei der Eliminierung aktiver Gewerkschafter. Das Buch wird herausgegeben von der Informationsstelle Lateinamerika (ila), vom Republikanischen Anwältinnen und Anwälte Verein (RAV) und dem deutschen Labournet